

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile über deren Raum 20 Reichspfennige, auswärts 25 Reichspfennige. Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 59

Mittwoch, 11. März 1925

32. Jahrgang

Der Kampf um Preußen.

Marx wieder gewählt!

SPD. Der Preussische Landtag hat den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Marx am Dienstag mit der erforderlichen Mehrheit im ersten Wahlgang wiedergewählt und so einen neuen Beweis dafür geliefert, daß die Rechtsparteien in Gemeinschaft mit den Kommunisten wohl eine Regierung stützen, aber nicht bilden können. Es bleibt infolgedessen auch jetzt nichts anderes übrig, als daß Marx mit den augenblicklichen Ministern und seinem alten Programm nochmals vor den Landtag tritt. Fraglich ist natürlich, ob er und seine Regierung das erforderliche Vertrauensvotum des Landtags erhalten. Es scheint, daß die preussische Volkspartei auch in Zukunft ihre Katastrophopolitik fortzusetzen beabsichtigt, während die Volkspartei im Reich bei dem Zentrum befehlen geht, um es für eine gemeinsame Kandidatur Jarres zu gewinnen.

Was soll werden, wenn Marx wieder kürzt? Eigentlich liegt die Antwort auf diese Frage in einer Erklärung, die Dr. Marx schon vor wenigen Wochen abgegeben hat und in der festgestellt wurde, daß jeder Sturz seines Kabinetts mit der Wiederwahl seiner Person als Ministerpräsident beantwortet werden müßte. Über schon in den letzten Tagen hat sich gezeigt, daß es der Zentrumstraktion bei der einst von Dr. Marx verkündeten Taktik nicht mehr ganz wohl ist. Es gibt a. B. Leute in ihren Reihen, die sich stark für die Bildung eines Beamtenkabinetts einliehen, weil sie ein Kabinett Marx auf der bisherigen Grundlage für aussichtslos halten. Einer solchen Stimme gibt die „Germania“ in ihrer gestrigen Abendausgabe sehr breiten Raum. Sie gestattet sich aber gleichzeitig in einem Kommentar ihre Meinung über die Dinge zu sagen und schreibt:

„Wir hegen die Zuversicht, daß das Verhalten der Deutschen Volkspartei in Preußen in ihren eigenen Reihen bereits harte Mißstimmung erzeugt hat. Nie wurden schändliche Parteiinteressen stärker in den Vordergrund gestellt als jetzt durch sie. Ihr Verhalten hat den ganzen preussischen Staatsbetrieb nahezu lahmgelegt. Neuwahlen könnten darum durchaus infruchtbar wirken. Wir würden es deshalb nicht für unklug halten, wenn Ministerpräsident Marx eine Auflösung des Landtags empfehlen würde. Ungern sehen wir es, wenn er sich weiter führend in einem Zerwürfungsstampe hinstellen würde.“

Auch wir sind der Auffassung, daß Neuwahlen in Preußen infruchtbar wirken könnten. Die Regierungspolitik der Deutschnationalen im Reich dürfte zu dieser Reinigung besonders beitragen. Mehr als sonderbar aber erscheint uns die Auffassung der „Germania“ über die zukünftige Haltung ihres bewährten Führers Marx. Marx ist es u. E. seiner Politik und seiner Person schuldig, den Kampf um die Macht in Preußen fortzusetzen, und wenn ihn nicht besondere Umstände daran hindern, auch zu einem guten Ende zu führen.

Der Wahlgang.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung des preussischen Landtags um 2 Uhr 20 Minuten. Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt

Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Wahl erfolgt ohne Aussprache, ist namentlich und wird durch Abgabe verdeckter Stimmzettel vorgenommen. Wie bei der letzten Wahl stimmen die Fraktionen der Weimarer Koalition, Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten wieder für Marx. Der Wahlgang, der ohne Zwischenfälle vor sich geht, wird um 2 Uhr 55 Min. geschlossen.

Um 3 Uhr 15 Minuten teilt Präsident Bartels folgendes Ergebnis mit: Es wurden abgegeben 443 Stimmzettel; unbeschrieben einer, ungültig keiner. Von den übrigen 442 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 222. Es haben erhalten:

Abg. Marx (Ztr.)	222
Dr. v. Richter (D.V.P.)	141
Pöck (Komm.)	42
Röhner (Natloz.)	11
Labendorff (W. Bgg.)	16

Marx ist damit zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang gewählt. (Lebh. Beifall in der Mitte. Zuruf der Komm.: Auf wie lange?) Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Ohne Aussprache werden die Anträge über die Haftstrafe der Ausschußberatung überwiesen. Das Haus tritt darauf in die zweite Beratung des Nachtragsstellenplans zum Haushalt 1924 ein.

Deutschlands Garantieangebot vor dem Völkerbundsrat.

Entwertet durch die Kommentare der deutschnationalen Presse.

Genf, 10. März.

Der Völkerbundsrat hielt am Dienstag vormittag 11 Uhr die zweite öffentliche Tagung ab. Auch sie verlief ohne jede politische Sensation. Nach Gedächtnisworten Chamberlains auf Branting wurden verschiedene Komiteeberichte zur Kenntnis genommen.

In einer geschlossenen Sitzung besaßte sich der Rat am Nachmittag mit dem deutschen Völkerbundsmemorandum. England beabsichtigt die deutschen Vertreter zur Darlegung ihres Standpunktes zur nächsten Genfer Haupttagung im Juni einzuladen. Frankreich wird dagegen die Überweisung des Memorandums an die Volksoberparlamentarier beantragen, da diese allein juristisch zuständig sei. Es steht fest, daß Chamberlain mit ganz bestimmten Instruktionen nach Genf kam, vor allem mit der strikten Weisung, keine Vereinbarungen einzugehen. Der Text seiner für Donnerstag geplanten Rede ist schon vor seiner Abreise festgelegt worden. Die englischen Journalisten in Genf erhielten deshalb die Weisung, die Rede nicht zu drahten, da diese in England amtlich bekanntgegeben werden wird. Die allgemeine Stimmung gegenüber dem deutschen Sicherheitsangebot ist infolge der neuen deutschnationalen Pressekampagne sehr skeptisch. Die Schweizer Presse veröffentlicht am Dienstag morgen in großer Aufmerksamkeit einen Artikel der deutschnationalen offiziellen „Nationalpost“, die in der Kritik über das Garantieangebot schreibt: „Selbst wenn bei dem deutschen Anerbieten niemals daran gedacht werden sollte, daß dieses die Form eines verbindlichen Vorschlages annehmen könnte, darf man sich der Besorgnis nicht verschließen, daß die Reichsregierung sich zu einem gefährlichen Spiel hat verhalten lassen.“ Die Presse kennzeichnet diese Auslassung als charakteristisch für die Hintertätigkeit der deutschen Politik. Die Kommentare in Völkerbundstreifen lauten gleichfalls ungünstig. Hinzu kommt, daß gleichzeitig auf den Verhandlungstisch Stresemanns Völkerbundnote liegt, die Deutschlands Eintritt mit so viel Reserven und Bedingungen umgibt, daß die polnisch-französische Kritik im Völkerbundsrat nicht erfolglos bleiben wird.

Die Vertreter der kleinen Entente hielten am Dienstag eine vertrauliche Besprechung zur Herbeiführung einer einheitlichen Stellungnahme über den Sicherheitspakt ab. Sie erwägen am Donnerstag nach der Rede Chamberlains auf Grund einheitlicher Richtlinien in die Debatte einzugreifen.

Vor Verhandlungen im Eisenbahnerstreit.

Die Schandlöhne.

Am Donnerstag vormittag 10 Uhr wird im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hühler eine unverbändliche Besprechung zwischen den Vertretern der Reichsbahn und der Eisenbahnerorganisationen stattfinden. Die Streiklage ist gegenwärtig im allgemeinen unverändert. Die weitere Entwicklung hängt von dem Ausgang der Besprechung am Donnerstag ab.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages besaßte sich am Dienstag eingehend mit dem Eisenbahnerstreit. Die Regierungsvertreter gaben einen Überblick über die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Organisationen sowie über den Streit, ohne dabei etwas Neues vorzutragen. Genosse Wender zerpflückte die Behauptung der Reichsbahnverwaltung, daß die Eisenbahnerlöhne allgemein über den Industriearbeiterlöhnen liegen sollten. Bekanntlich gilt das nur für Ostdeutschland, nicht aber für die Mitte und den Westen. Er warnte die Regierung gleichzeitig, das Streikfeuer nicht zum verheerenden Brand werden zu lassen.

Schon am Montag hatte die Reichsbahnverwaltung der Presse mitteilen lassen, daß in den nächsten Tagen der Schlichter angerufen werde. Diese Mitteilung zeigte ganz deutlich, daß sich die Reichsbahnverwaltung der peinlichen Situation, in der sie sich befindet, bewußt ist. Sie weiß, daß die jetzige Arbeitszeitregelung unhaltbar ist, sie weiß auch, daß die jetzt gezahlten Löhne für den Durchschnitt der Eisenbahnarbeiter menschenunwürdig sind. In der Ortsklasse C, die für die Masse der Eisenbahnarbeiter in Frage kommt, werden in der Lohngruppe 3 für den Mann pro Stunde 56 Pf., für den Tag 5,04 Mk. und für den Monat 131,04 Mk. gezahlt; in der Lohngruppe 6 pro Stunde 43 Pf., pro Tag 3,87 Mk. und für den Monat 100,62 Mk. Davon gehen ab die Soziallasten in Höhe von 17 bis 20 Proz. und die Steuern. Nimmt man eine Lohnperiode von 5 Wochen, so bedeutet das in dieser Zeit den Abzug eines ganzen Wochenlohnes. Zu gleicher Zeit wächst infolge der färglichen Entlohnung die Krankenziffer und damit die Belastung des Sozials. Wir haben heute a. B. in Berlin bei 28 193 Kasernenmitgliedern in der Reichsbahnbetriebskassenkasse einen Krankenstand von 9,00 Proz. und eine Beitragshöhe von 9,9 Proz. Nach Berlin kommt Königsberg: Mitgliederzahl 12 500, Krankenstand 7,30 Proz., Beitragshöhe 9 Proz.; dann folgen Breslau, Stettin, Frankfurt a. O., Frankfurt a. M., Köln, Erfurt usw. Die Ziffern geben den Stand von Anfang Januar 1925 wieder. Sie zeigen, daß die Arbeitskraft der Eisenbahner vermehrt ist und daß der Kampf der Eisenbahnerorganisationen um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung unerbittlich ein Kampf ums Leben ist.

5 Jahre Betriebsrätegesetz.

Von Friedr. Klees.

Fünf Jahre sind verfloßen, seit das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 in Wirksamkeit ist. Die Arbeitnehmererschaft der von dem Gesetz erfaßten Betriebe trifft jedoch die Vorbereitungen, zum sechsten Male die Wahlen der eingeführten Betriebsvertretungen vorzunehmen. Das ist jedenfalls hinreichender Anlaß, einmal eine Betrachtung darüber vorzunehmen, wie sich das Gesetz bewährt und wie sich die Arbeitererschaft zu ihm einzustellen hat. Sind doch die lebhaften Kämpfe um das Gesetz innerhalb der Arbeiterbewegung noch in frischer Erinnerung. Von einem Teile der sozialistischen Vertreter im Reichstag wurde es abgelehnt, weil es von ihnen als höchst ungenügend, wenn nicht gerade nachteilig erschien, während es von dem andern Teil als ein neunzehnter wertiger Fortschritt auf dem Gebiete sozialen Arbeiterschutzes angesehen und angenommen wurde.

Die inzwischen gesammelten Erfahrungen dürften zu der Feststellung hinreichen, daß die Wahrheit etwa in der Mitte liegt. Inwieweit man doch gesagt werden darf, daß das Gesetz eine Reihe schwerer Fehler besitzt, die seinen ganzen Zweck nicht zu voller Auswirkung kommen lassen. Diese Unzulänglichkeiten müssen unter allen Umständen beseitigt werden. Aus diesen Mängeln erklärt sich auch die sehr häufige Zurückhaltung der Arbeitererschaft gegenüber dem Gesetz und seinen Einrichtungen. Wird nicht eine Vervollkommnung des ganzen Betriebsrätewesens vorgenommen, so wird sein Ansehen noch weiter leiden.

Bei der Begründung dieser Auffassung muß davon ausgegangen werden, daß allgemein die Unternehmer das Betriebsrätewesen sabotiert haben und seinen Zweck hintertreiben wollen. Unterstützt von den großen Unternehmerverbänden mit ihren vielfältigen Hilfsmitteln, sind die verschiedenen Schwächen des Gesetzes herausgeschält und dem Bestreben der Arbeitgeber dienstbar gemacht worden. Die Rechtsprechung, die auch in solchen Arbeiterfragen ihre Eigenheiten hat, trat diesen Tendenzen nicht immer mit der genügenden Energie entgegen. So kommt es, daß häufig die Einrichtungen des ganzen Betriebsrätegesetzes nur auf dem Papier stehen, aber in der Praxis nicht vorhanden sind. In einer sehr großen Anzahl von Betrieben, selbst in sehr großen, in denen nach den gesetzlichen Vorschriften ein Betriebsrat vorhanden sein sollte, fehlt ein solcher. Namentlich in der Landwirtschaft. Die Arbeiter zeigen leider häufig kein Interesse mehr an der Wahl, und den Unternehmern ist das nur angenehm. Diese Einstellung der Arbeiter ist natürlich verfehlt und schädlich. Aber es ist auch von den gewerkschaftlichen Organisationen nicht immer mit Erfolg gegen sie anzukämpfen. Die Arbeiter müssen bedenken, daß die gesamten Rechte aus dem Betriebsrätegesetz für die ganze Belegschaft des Betriebes völlig hinfällig sind, wenn ein Betriebsrat nicht vorhanden ist. Es kann a. B. kein Einspruch wegen ungerechtfertigter Entlassung eingelegt, kein arbeitsgerichtlicher Schlichtungsausschuß, kein Arbeitsgericht dieserhalb angerufen werden usw.

Zunächst ist es unbedingt nötig, den Schutz der Betriebsratsmitglieder erheblich zu verstärken. Gerade die in diesem Punkte vorhandenen Lücken des Gesetzes haben die Unternehmer sehr ausgenutzt. Die hier in Betracht kommenden Vorschriften in den §§ 96 bis 99 sind ganz unzulänglich. Sie schützen nicht genügend vor Maßregelungen. Die vorgeesehenen Schutzmaßnahmen müßten sich mindestens auch auf Kandidaten für Betriebsvertretungen und auf die Ersahler der Mitglieder erstrecken. Die Frage der Entschädigung für Betriebsratsmitglieder, die ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen worden sind, ist noch ungenügend geregelt. Schon der Rechtsweg zu ihrer Erlangung ist ein dornenvoller. Die Klagen sind, da es sich um Leistungsansprüche handelt, wenn nicht mehr zufällig ein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht zuständig ist, vor dem ordentlichen Gericht, also dem Amtsgericht oder Landgericht auszutragen. Aber auch selbst wenn die genannten Sondergerichte die Streitfälle entscheiden, ist fast immer die Berufungsmöglichkeit an das Landgericht gegeben. Die Einstellung dieser Gerichte zu den Fragen des Arbeiterschutzes ist bekannt. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle endet der Streit damit, daß der Unternehmer der „Herr im Hause“ und das Betriebsratsmitglied (ohne oder mit einer kleinen Entschädigung) auf der Straße bleibt. Gerade weil der Unternehmer der wirtschaftlich Stärkere ist, muß der Schutz der Betriebsratsmitglieder ein sehr weitgehender sein. Sonst hängt das ganze Betriebsrätegesetz in der Luft.

Aber auch sonst leidet das Gesetz an Mängeln, die selbst bei der Existenz eines gut funktionierenden Betriebsrates die Abhelfen des Gesetzgebers nicht recht zur Auswirkung kommen lassen. Zu den wichtigsten Einrichtungen des Betriebsrätewesens gehört der Schutz der Arbeiter vor ungerechtfertigter Entlassung. Besonders bekannt geworden ist hier der § 84 des Gesetzes, nach dem u. a. die Kündigung oder Entlassung nicht aus politischen oder gewerkschaftlichen oder ähnlichen Gründen und auch dann nicht erfolgen darf, wenn sie sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Diese ganzen Schutzbestimmungen sind für ihre Durchführung mit soviel Formalitäten, Fristeneinhaltungen usw. versehen, daß sie für die Praxis nur beschränkt wirksam sind. Ein großer Teil der Einsprüche und Klagen der benachteiligten Arbeitnehmer wird deshalb abgewiesen, weil alle diese an sich recht nebenläufigen Außerlichkeiten nicht eingehalten worden sind. Die Arbeitsgerichte und arbeitsgerichtlichen Schlichtungsausschüsse können das nicht anders, selbst wenn sie immer wollten, weil diese Vorschriften gewis-

Der zweite Akt der Tragikomödie von Magdeburg.

Die Deutschnationalen bieten alle Reserven auf.

SPD. Magdeburg, 10. März. (Sig. Draht.)

Im Schwurgerichtssaal in Magdeburg wird gegenwärtig wieder erneut die Wehrgeheimnisse nachsprühen versucht. Die Verhandlungskammer hat den ganzen Komplex des Verfahrens noch einmal zu durchleuchten, das im Dezember 1924 vor dem Weimarer Schöffengericht geführt wurde. Als Angeklagter erschien wieder der unverantwortliche Verantwortliche eines Staffurter Heftblattens, jener „Prokurist“ Rothardt. Er ist vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er dem Reichspräsidenten Ebert den Vorwurf des Landesverrats gemacht habe. Das Schöffengericht hat diesen Vorwurf als beleidigend angesehen, trotzdem aber als seine Ansicht festgelegt: Ebert habe durch seine Beteiligung an der Leitung des Munitionsarbeitervereins in juristischem Sinne tatsächlich Landesverrat verübt, wenn auch vom politischen und moralischen Standpunkt aus die Sache anders beurteilt werden könne.

Diese Zweipoligkeit hat sowohl die Staatsanwaltschaft und den beleidigten Reichspräsidenten, wie den Angeklagten veranlaßt, Berufung einzulegen, um von einem anderen Gericht eine Beurteilung zu fordern. In der neuen Verhandlung fehlen die beiden Vertreter des Nebenklägers, die Rechtsanwälte Heine und Landberg. Durch den allzu frühen Tod unseres Ebert ist ihr Mandat hinfällig geworden. Die Klage wird also nur noch von der Staatsanwaltschaft vertreten. Dafür ist aber neu im Gerichtssaal erschienen der Rechtsanwalt Quatbrunn — Göttingen, eine der juristischen Säulen der Deutschnationalen Partei und Verteidiger von Rechtspolitikern vor dem Staatsgerichtshof. Augenblicklich mit die Deutschnationale Partei durch Hinziehung dieses ihres Prominenten befunden, daß sie den Prozeß jetzt auch offiziell zu ihrer Parteifache machen will, nachdem sie ihn bisher nur inoffiziell beunruhigt hat. Bei der ersten Verhandlung hatten die deutschnationalen Verteidiger entrüstet bestritten, daß hinter ihnen irgendeine Partei stände. Jetzt in Quatbrunn da, um seine unzulässigen Kollegen aus Magdeburg zu kontrollieren und zu beunruhigen. Der Herr v. Forstner arbeitet hinter den Kulissen. Quatbrunn ist Akteur an der Kampe. Die deutschnationale Wacke wird immer klarer und durchsichtiger.

Die Dienstagvormittags-Sitzung wurde fast ganz aufgefüllt mit der Verlesung des Urteils des Weimarer Schöffengerichts, eine überflüssige Formalität, denn das Urteil ist jedem Reichsbannermitglied schriftlich überreicht. Aber es muß nach der Strafprozeßordnung Hundentlang verlesen werden, bis endlich ein Aufatmen der Erleichterung durch den Saal geht.

*

Anschließend erfolgt die Verlesung der Berufsbegründung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten. Der Vorsitzende gibt darauf bekannt, daß eine Reihe neuer Zeugen geladen sind, darunter der frühere Bischof v. Wangen und der Generalführer Giesberts. Der Generalkaatsanwalt beantragt, auch Otto Braun als Zeugen zu laden, der neben Ebert und Scheidemann im Streikmittels saß. Kurz vor 2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst der Angeklagte Rothardt vernommen. Seit August 1919 ist er Buchhalter

und Kassierer bei der Mitteldeutschen Presse. Als deren Redakteur Hottenrott Staffurt verlassen mußte, war Rothardt gezwungen, in die Redaktion einzutreten, obwohl er juristisch in keiner Weise vorgebildet war. Aus seiner Redaktions-tätigkeit vom Jahre 1923 bis zum September 1924 hat er mehrere Strafen erhalten wegen Verleumdungen und Verlebens gegen Verordnungen. Er kann nicht sagen, ob er seit dem Mai letzten Jahres nochmals bestraft worden ist. Seit Dezember 1924 ist er wieder Prokurist. — Er kommt dann der beleidigende Artikel zur Verlesung, der am 23. Februar 1924 in der Mitteldeutschen Presse in Staffurt erschienen war. Ihn hat der Angeklagte aus der „München-Magdeburger Abendzeitung“ entnommen und selbst mit einem Zusatz versehen. Bei der Ueberschrift „Eine bittere Bille für Fritz Ebert“ habe er nichts weiter empfunden. Was Gansler geschrieben hat, habe er sich mit der Veröffentlichung nicht zu eigen machen wollen. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, er habe bei seiner Vernehmung im April 1924 erklärt, daß er selbst den Vorwurf des Landesverrats nicht gemacht habe und nicht habe machen wollen. Gegenüber den Bewerkskräften im Gansler-Prozeß in München habe er erklärt, daß der Vorwurf des Landesverrats nicht berechtigt sei. Später erklärte er sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Vorl.: Aus welcher Tatsache haben Sie geschlossen, daß Ebert Landesverrat begangen hat? Angekl.: Auf Grund des „Deutschnationalen Küstengrasses“, herausgegeben von der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle. Vorl.: Wollen Sie auch heute den Vorwurf des Landesverrats aufrechterhalten? Angekl.: Gewiß, vor allem auf Grund des Verfahrens vor dem Schöffengericht, wonach kein Zweifel an dem Tatbestand des Landesverrats besteht. Vorl.: Worin soll der Landesverrat liegen? Angekl.: (nach langer Pause) In der Schwächung der Herrschaft. Vorl.: Wodurch denn? Angekl.: Durch Schwächung des Sieges. Vorl.: Das steht nicht im Gesetz. Wollen Sie auch noch behaupten, daß Ebert an der Ausbreitung des Streiks in Kiel schuld war? Angekl.: Ja. Vorl.: Aber die Behauptung, wegen Ehemann wollen Sie fallen lassen? Angekl.: Ja. Generalkaatsanwalt: Welchen Beweis für die Ausbreitung des Streiks nach Kiel hat der Angeklagte, anscheinend gar keinen? — Der Angeklagte beruft sich auf Zeugen der ersten Instanz. Auf Veranlassung des Generalkaatsanwalts richtet der Vorsitzende an den Angeklagten die Frage, was er unter Landesverrat damals verstanden habe, als er den Artikel veröffentlichte. Angekl.: Nachteile, die dem Lande zugefügt wurden. — Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, daß er sich über den Begriff des Landesverrats keine Vorstellung gemacht habe. Er habe darunter nur eine Schwächung des Vaterlandes verstanden.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten, der seine Aussagen nur sehr stockend und unsicher macht, beendet. Der Vorsitzende gibt dann eine Darstellung des Münchener Prozesses gegen Dr. Gansler. Um 4.45 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwochvormittag 9.30 Uhr vertagt, wo mit der Zeugenvernehmung begonnen wird. Zunächst wird Ministerialrat Doebele aus dem Bureau des Reichspräsidenten als Zeuge die Aufzeichnungen vortragen, die sich Reichspräsident Ebert für seine Vernehmung am 17. Februar gemacht hatte. Die Vernehmung unterbleibt jedoch infolge der schweren Erkrankung Eberts.

gend sind. Dahnungen sind nicht mit solcher Sicherheit und Zwangsmassnahmen ausgerüstet die Vorschriften, die dem Unternehmer gewisse Pflichten auferlegen, wie z. B. die vierteljährliche Vorlegung eines Berichts an den Betriebsrat über die Lage und den Gang des Unternehmens (der meist unterbleibt), die Erstellung von Auskünften an den Betriebsrat über alle den Dienstvertrag berührenden Betriebsvorgänge, die Einrichtung von Sprachstunden des Betriebsrates usw. Jedenfalls muß die ganze Mechanik und Technik des Betriebes verbessert werden.

Es soll freilich nicht verkantet werden, daß auch einzelne andere Umstände mit beigetragen haben, wenn das ganze Betriebsratwesen nicht zu der Einfaltung gekommen ist, die von den Arbeitern erhofft wurde. Da ist vor allem die wirtschaftliche Krise und die ... Daß diese die Unternehmer ermutigt, Uebergriffe vorzunehmen, die sie sich sonst nicht wagen würden, und sie die Arbeitnehmer bestimmt, mal ein Auge zuzudrücken, wo sie sonst nicht tun würden, ist menschlich erklärlich. Die Summe solcher Fälle schädigt natürlich das Ansehen des Betriebsratwesens. Auch der Umstand, daß das Rätewesen noch nicht so, wie es in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehen ist, ausgebaut wurde, hat die nötige Festigung der Beachtung verhindert. Man sollte deshalb endlich nach sechs Jahren seit Schaffung der Reichsverfassung die Betriebsratgesetzgebung, den Reichsarbeitererrat usw. einführen und die ganze Einrichtung abrunden und vervollständigen.

Diese kritischen Bemerkungen zu der tatsächlichen Sachlage dürfen natürlich nicht in aufgefakt werden, als sei die geringere Aufmerksamkeit der Arbeiterkassen auf die Betriebsraterechtsprechung gerechtfertigt. Das Gegenteil soll darzulegen werden: Je mehr die Unternehmer die Betriebsräte misshandeln und bekämpfen, um so mehr müssen die Arbeiter sich aufraffen, sie zu pflegen und zu verteidigen. Aus der Stellung der Unternehmer zu den Betriebsräten müssen die Arbeiter deren Wert für sich erkennen. Diese Beobachtung muß vor allem bei den bevorstehenden Wahlen der Betriebsvereinigungen zum Ausdruck kommen. Erstens müssen die Wahlen aus beste vorbereitet werden durch Aufstellung geeigneter Kandidaten. Sodann muß auch durch genügende Werbearbeit für eine starke Wahlbeteiligung gesorgt werden. Durch ungeeignete Mitglieder des Betriebsrates und ganz geringe Wahlbeteiligung leidet das Ansehen des Betriebsrates natürlich auch. Will man eine mangelhafte Einrichtung bessern, so fördert man dieses Bestreben nicht durch ihre Misshandlung, sondern durch Bekundung weitestgehenden Interesses.

Die Justiz vor dem Reichstag.

Das moderne Folterkammer der Volkerei.

In der Dienstagssitzung des Reichstages ging die dritte Beratung der Gesetzesentwürfe über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und über die Rollen der Befassung des Reichspräsidenten ohne Aussprache konstatieren. Die Gesetzesentwürfe wurden angenommen. Es folgte die erste Beratung der Gesetzesentwürfe aus dem Gesetzentwurf, über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen. Die Kommunisten beantragten diesen Antrag zu einem ersten Vorstich gegen unehren Präsidenten-Kandidaten Otto Braun. Der Kommunist Oswald Schilderle Otto Braun als einen wilden Feind der Landarbeiter. Unser Genosse Georg Schmidt, der Landarbeiterführer, wies demgegenüber nach, daß Otto Braun seit jeher und insbesondere auch als preußischer Landwirtschaftsminister, sich stets für die Landarbeiter eingesetzt habe. Er sei deshalb von den Agrariern längst genug behandelt worden, und noch heute könnten sie ihm keine Arbeit als Landwirtschaftsminister nicht vergeben.

Bei der Beratung des Teils des Washingtoner Abkommens, der die erwerbsfähigen Frauen sechs Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft von der Beschäftigung in Gewerbetrieben befreien will, hielt unsere Genossin Kemitz eine materialreiche Rede zum Schutze der Mutterkraft. Sie verlangte, daß das Reich mindestens die Schanghai des erwähnten Abkommens geistlich einführe, möglichst aber noch darüber hinausgehe.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums gab es einige Zwischenfälle. Die Reichsregierung ließ durch den Staatssekretär Joel erklären, sie wende sich aus außenpolitischen Gründen dagegen, daß die sozialdemokratische Interpellation über die schwarze Reichswehr mit dem Haushalt des Reichsjustizministeriums verbunden werde. Unser Genosse Leo I. widersetzte sich diesem Wunsch, aber da der deutschnationale Fraktionsführer widersprach, daß die Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt werde, fiel die Verbindung mit dem Haushalt des Reichsjustizministeriums fort. Einen Zusammenstoß gab es ferner zwischen dem Vizepräsidenten Graef und dem kommunistischen Reichssekretär Dr. Korsch, weil dieser statt objektiv Bericht zu geben, eine polemische parteipolitische Rede hielt. Allerdings konnte sich der Kommunist darauf beziehen, daß der Deutschnationale Dr. Quack hängt beim Star des Reichsverkehrsministeriums in denselben Fehler verfallen war. Den Reigen der Parteirebellen eröffnete Paul Leo. Er hielt eine kluge und maßvolle Rede, die wegen ihres reichen Inhalts starken Eindruck im Saale machte. Unerwartlich schritt er die ganzen düsteren Gänge der deutschen Reichsregierung durch. Er wies die Begründung des Magdeburger Landessverratsurteils ebenso wie er noch einmal das Urteil gegen Fehrenbach in seiner ganzen Ungehörigkeit aufzählte. Auch der schwarzen Reichswehr widmete er eine Partie seiner Rede, um schließlich den Höhepunkt dazu zu erreichen, daß er die ungeheuren Gefahren schilderte, die in der von der Folter oft genug angewendeten Folter liegen. Er warf den politischen Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft vor, daß diese oft genug die Ehre des in Haftgenommenen, aber keineswegs Überführten Staatsbürgers misshandeln und durch teufelische Foltern, die manchmal schlimmer seien als körperliche, Gefährdungen erprekten. Nach Leo sprach der Deutschnationale Sarrh, der die deutschen Richter nicht nur in Bezug nahm, sondern ihnen ein Loblied sang und insbesondere das Magdeburger Urteil als vollkommen gerechtfertigt bezeichnete. Er schloß zu befürchten, daß das Urteil in der Berufungsinstanz aufgehoben werde und machte schon jetzt dafür die Verantwortlichkeit verantwortlich, die nach seiner Meinung von der Öffentlichkeit und auch von der früheren Regierung ausgegangen seien. Allerdings lag in der Regierung, die den Reichspräsidenten gegen die Magdeburger Verurteilung in Schutz nahm, auch Dr. Langher, der jetzt der von den Deutschnationalen ernannte Reichsanwalt ist.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch nachmittags 2 Uhr statt.

Ein Anschlag der Justiz auf das Reichsbanner

200 Reichsbannerleute sollen 4000 Stahlhelmer misshandeln haben.

SPD. Breslau, 9. März. (Sig. Draht.)

Vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz begann am Montag der Landfriedensbruchprozess, der sich aus dem blutigen Zusammenstoß anläßlich eines Stahlhelmmarsches in Striegau im Oktober v. J. ergab. Angeklagt sind lediglich Reichsbannerleute und Sozialdemokraten aus Striegau und Umgebung, sowie einige andere Arbeiter, die von den Reichsanwälten Ferdinand Breslau, Wärensprung-Magdeburg, Otto Landberg-Berlin und von Prof. Kabbach verurteilt

werden. Die Anklage lag im Stadium der Voruntersuchung beziehungsweise in den Händen eines Staatsanwaltschaftsrats, der Führer der Deutschnationalen in Striegau ist. Dementsprechend steht die Anklage aus. Einer der Angeklagten ist schwerkriegsbeschädigt, am rechten Arm gelähmt und auch sonst körperlich schwer behindert. Zudem soll er mit einem Knüttel auf die Stahlhelmeure eingeschlagen haben. Zwei Arbeiterinnen, die sich lediglich aus dem Getümmel retten wollten, sind gleichfalls angeklagt. Das sind die Beleidigungen einer Anklage, die darauf angelegt war, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Urheber schwerer Verbrechen hinzustellen. In der Montagvormittags-Sitzung wurden zunächst die Hauptangeklagten Genosse Stadtrat Müller und Genosse Hauptlehrer Geburt vernommen. Sie sagten aus, daß die Stahlhelmeure an der Verantwältigung zunächst vom Regimentspräsidenten verboten war und erst vom Innenministerium nach Beschwerde unter bestimmten Bedingungen erlaubt wurde, die dann aber nicht eingehalten wurden. So sind z. B. trotz ausdrücklichen Verbots Palenkreuzfahrern mitgeführt worden und die Verantwältigung beschränkt sich auf nicht vorwärtsgerichtet auf ein abseitiges Grundstück. Am Tage vorher waren auf einem Stahlhelmmarsch schwere Drohungen ausgesprochen worden und außerdem wurde ein Plakat angeklebt, das die Reichsbannerleute verhöhnte, weil sie vor dem Stahlhelmaufmarsch Angst hätten. Auf Grund der Drohungen wurden zum Schutze des örtlichen Konsumvereins, des Volkshauses und der anderen Einrichtungen der Arbeiterbewegung etwa 200 Reichsbannerleute aus dem Orte selbst und aus der Umgebung versammelt, wofür der Stahlhelmaufmarsch aus ganz Schlesien etwa 400 Mann aufgebracht hatte. Trotzdem sollen die 200 Reichsbannerleute die 4000 Stahlhelmeure angegriffen und misshandelt haben! Die Sicherung durch Reichsbanner erschien um so notwendiger, als die örtliche Volkselemente in den Händen eines alten Gegners der Arbeiterbewegung und der Republik liegt, die der Reichsbannerführer Müller aus seiner eigenen zehnjährigen Tätigkeit als Polizeiverwalter kritisch einzuschätzen wußte. Der Angeklagte Genosse Geburt hat auf die Warnzettel an die auswärtigen Reichsbannerleute wütend geschrien: „Auf alle Anpassungen des Stahlhelms ist in keiner Weise zu reagieren“. Beide Hauptangeklagte weisen in ihrer Aussage nach, daß sie sich nur darum bemüht haben, die Schädiger, die aus Provokationen der Stahlhelmeure herorging, zu beseitigen. — Am Dienstag wird die Vernehmung fortgesetzt.

Wilhelm als Glaubensstreiter.

Ein interessanter Brief.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ein interessantes Schreiben, das Wilhelm II. seinerzeit an die Prinzessin Anna von Hessen, eine geborene Hohenzollern, die verwitwete Gattin des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, gerichtet hat, als sie 1901 zum katholischen Glauben übertrat.

Gomburg, 7. August 1901.

Eure Königliche Hoheit!

Mit tiefem Bedauern habe ich aus Ew. R. H. Schreiben ersehen, daß Ew. R. H. der Konfession des Hauses, dem Sie enttamt, wie des Hauses, dessen Namen Sie tragen, den Rücken zu kehren gewillt sind. Vielleicht ist dieser Abfall und Verrat Ihnen vollständig, obwohl der Hofhof das in einer Weise in der Öffentlichkeit bekräftigt, welche den traurigen und üblen Eindruck dieses defamierenden Schrittes nur noch zu erhöhen geeignet ist.

Als Antwort Ew. R. H. den Glauben ab, den alle Ihre Ahnen väterlicher und mütterlicherseits, das Haus Hohenzollern wie das Haus Weimar, stets treu bekant haben; den Glauben, auf dessen Festigkeit und Hochhaltung die Größe unseres Hauses beruht, das mit ihm und durch ihn allein zum Kaiserthron emporgeriegen ist; den Glauben in dem unser gemeinsamer Ahn, der große Kurfürst,

die Leuchte seines Weges fand. Und dieser selbe evangelische Glaube, zu dem unser Haus stets festest gehalten hat, ist von den Häusern Weimar und Hessen stets seit Beginn der Reformation mit beiderer Umgebung bekannt und verteidigt worden. Ew. R. H. verrät den Glauben, den nicht nur Deine Vorfahren, sondern auch Ew. R. H. Kinder angehören, den Glauben, zu dessen ruhmvollen Bekennen Wilhelm der Große mühte zählt.

Wenn Ew. R. H. behauptet, daß Ew. R. H. in der römischen Kirche mehr Trost empfinden, als in der vorigen, so beweist das nur, daß Ew. R. H. den wahren Trost weder im Evangelium noch in der evangelischen Kirche wirklich gesucht haben. Ew. R. H. hat eben die erhabenen reinen Lehren des Evangeliums noch gar nicht verstanden, wenn Sie imstande sind, sie im Stich zu lassen. Somit vermag ich nicht mehr Ew. R. H. als ein Glied unseres Hauses zu betrachten, mit dessen heiligsten Traditionen Sie in so empörender Weise gebrochen haben. Es bleibt daher bei meinem telegraphischen Bescheid, daß Ew. R. H. Beharren in dem Verhaben den völligen Abbruch jeden Verkehrs mit allen Gliedern meines Hauses zur Folge hat und dieses dem Chef Ew. R. H. Heiligsten Unte notifiziert worden ist zur weiteren Veranlassung. Das Haus Hohenzollern stößt Ew. R. H. aus und hat Ihre Existenz vergessen.

(gez.) Wilhelm. I. R.

So beschimpfte der große Herrscher eine damals schon 63jährige Dame, weil sie aus Gewissensang zu der anderen christlichen Konfession übertrat. Es ist der Welt energiegelicht religiöser Intoleranz, der jedes als unwürdig anseht, der sich erlaubt, vom lieben Gott eine etwas andere Vorstellung zu haben, als allerhöchsten Ortes genehm ist. — Lebigen hätte gerade ein Hohenzoller alle Ursache gehabt, in diesem Punkt etwas vorsichtiger zu sein. Er kannte offenbar die Geschichte seines Hauses noch nicht einmal so weit, wie sie jedem Volksschüler eingebläut wurde. Somit hätte er erwußt, daß die Hohenzollern selbst mehrmals dem Glauben gewechselt haben — erst katholisch, dann lutherisch, dann reformiert, dann wieder lutherisch.

Die Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft.

Absatz der Demokraten. — Seest als Kandidat des Jungbau. Eine Aktion Hoessings.

In der augenblicklich brennendsten Frage, der Aufstellung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen hat sich seit gestern nichts Kennenswertes ereignet. — Die Demokraten haben sich, bei den Deutschnationalen mit ihrer Idee der Sammeltandatur, die wohlverdienter Absatz geholt. Man will eben dort keinen „überparteilichen“ Republikaner, sondern einen überparteilich geminteten Plahalter der Monarchie. Als solcher dürfte Herr Jarres tatsächlich der rechte Mann sein. — Natürlich sind auch noch Kräfte am Werke, die einen bürgerlichen Einheitskandidaten propagieren; Herr v. Doebeil, der Drahtzieher der Reaktion, hat daher für heute noch einmal Zentrum und Demokraten zu gemeinsamen Beratungen mit der Reaktion gebeten; aber daß dabei etwas herauskommt, ist höchst unwahrscheinlich.

Wie immer, wenn die Reaktion am Werke ist, tritt auch die „eiserne Maste“ des Herrn v. Seest wieder einmal in die Erscheinung. Der „Jugendentscheider“, der als vollberechtigtes Mitglied in dem Wahlausschuß der Reaktion vertreten ist, macht heftig für ihn Plakate. Aber Seest ist natürlich viel zu lang, um sich auf ein so unsicheres Spiel einzulassen.

Schließlich wird noch berichtet, daß Hörning, als Vorsitzender des Reichsbanners nach Berlin gefahren ist, um noch den Versuch zu machen, eine Einheitsfront der republikanischen Parteien zu erzielen. Selbstverständlich wäre es nur zu begrüßen, wenn Zentrum und Demokraten schon im ersten Wahlgang für unsere Kandidaten stimmen würden. Aber dazu wird es auch Gen. Hörning kaum bringen können; und so wird seine Reise wohl kaum einen großen Erfolg erzielen.

Aus dem Untersuchungsausschuß des Landtages.

Fauler Geschäft Bar mats. — Wichtige Auslagen des Finanzministers v. Richter.

SPD. Der preussische Untersuchungsausschuß für die Bar mats-Affäre trat am Sonnabend wieder zusammen. Er be schloß sich mit der Frage der Einfuhrbewilligungen für die Gebrüder Bar mat. Zunächst wurde Direktor Schwon, der seinerzeit Direktor der Reichsstellstelle war, als Zeuge vernommen. Er bezeugt, daß die Reichsstellstelle zweimal Ge schäfte mit der Amexima gemacht habe. Dabei sei Julius Bar mat sehr energisch bei der Reichsstellstelle angesetzt, da diese das Geschäft nicht abschließen wollte. Auf Veranlassung des Mini steriums sei das Geschäft schließlich doch abgeschlossen worden. Bar mat habe aber zunächst nicht geliefert und nur auf Kassa mation einen kleinen Posten der Spediteur in Rotterdam zur Verfügung gestellt. Nach langer Zeit trafen ganze 800 Kisten von den vertragsmäßig zu liefernden 15 000 ein. Bar mat bot dann nochmals 600 Kisten an, deren Ware aber total verrotten. Da die Lieferungen nicht zu erhalten waren, wurde der Vertrag schließlich annulliert. Gegen Bar mat mußte erst Verhaftungsbefehl erlassen werden, um die Akte, die auf Grund der Lieferungscheine Bar mats bei den Banken deponiert waren, heraus zu bekommen.

Auf weitere Fragen bezeugt der Zeuge Schwon, daß sein ehemaliger Kollege Bar m a s, der sich ebenfalls gegen die Ge schäfte mit Bar mat wandte, jetzt bei einer holländi schen Pettkfirma angestellt sei, die der Vernehmung angehöre, von der seinerzeit Bar mat boykottiert wurde.

Nach Schwon wird Direktor Meyer vernommen, der von April 1919 bis Oktober 1923 Leiter der Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel war. Auch Meyer bezeugt, daß ihm Bar mat vom Reichswirtschaftsministerium sozusagen aufgedrängt worden sei. Bar mats geschäftliche Angebote seien im Vergleich mit anderen Offerten unglücklich und nicht annehmbar gewesen. Bar mat habe, da er Widerstand vor sich gesehen, auch einmal mit Zeitungsveröffentlichungen gedroht. Im September 1919 habe Gustav Bauer zusammen mit Julius Bar mat bei ihm vorgesprochen. Bauer habe erklärt: Herr Meyer, Sie sind die einzige Reichsstelle, die trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht auf Geschäfte mit Bar mat eingegangen ist. Ich bin mit Bar mat persönlich befreundet und es liegt mir daran, ihn noch einmal zu empfangen.

Weiter wird der frühere Reichsernährungsminister Dr. He r m e s vernommen. Er bezeugt: Bauer kam eines Tages zu mir ins Ernährungsministerium und hat mich, Bar mat zu emp fangen; dieser habe schon früher für das Reich Geschäfte ge macht. Ich habe diesem Wunsch Bauers Rechnung getragen und Bar mat an die zuständigen Stellen verwiesen. Die Bar matschen Angebote hatten aber keinen Erfolg.

Am Schluß werden dann noch der Kaufmann Hofmann, 1920 bis Mitte 1922 Leiter des Zentralsekretariats der Reichs stellstelle, und Regierungsrat Weyermann, früher stell vertretender Vorsitzender in der Reichsstellstelle, als Zeuge ver nommen. Die Aussagen dieser Zeugen bewegen sich in der glei chen Richtung. Weyermann erklärt: Es handelte sich bei der Abwicklung des Riesengeschäftes mit Bar mat um ein Objekt von 18 Millionen Gulden und zwar um eine Butter, eine Fett- und eine Büchsenmilchlieferung. Vertragsgemäß sollte Bar mat einen großen Posten Büchsenmilch liefern und zwar die Büchse mit 16 Unzen Milch. Tatsächlich lieferte er Büchsen mit dem Aufdruck „16 Unzen“, aber nur 14 Unzen In halt. Die Fabrik, die die Büchsen herstellte, erhielt auf An frage von Bar mat den Befehl, sie solle nur die 14-Unzen-Büch sen mit dem Aufdruck „16 Unzen“ herstellen, die Sache sei schon in Ordnung.

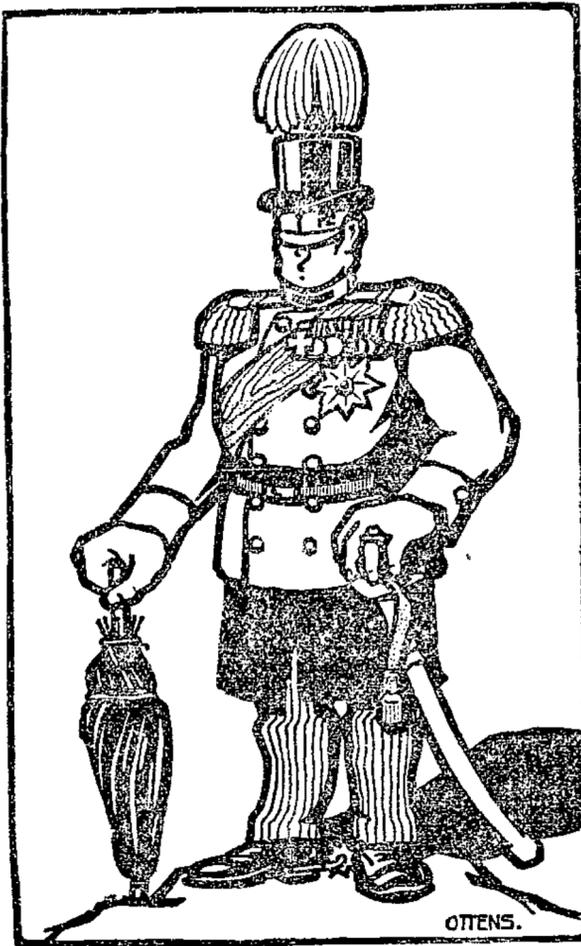
Am Montag wurde die Erörterung des Geschäfts mit der Zeitstelle fortgesetzt. Nicht weniger als 21 Zeugen sind dazu geladen. Zunächst wurde Staatssekretär v. Mendendorff vernommen. Der Zeuge erklärt, daß Bar mat im Jahre 1919 in Begleitung von Wels bei Minister Wissell erschienen sei, um eine Einfuhrkonzession für Textilien zu erhalten. Die zuständigen Staatssekretäre wandten sich aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Einfuhr von fertigen Textilien. Bar mat machte geltend, daß im deutschen Volke zu jener Zeit große Not an Kleidungsstücken herrschte. Abg. Wels drückte seine Verwunderung darüber aus, daß ein von einem holländischen Sozialdemokraten einem deutschen Sozialdemokraten angebotenes Geschäft, das die

Volksnot lindern sollte, an dem bürokratischen Widerstande der Staatssekretäre und Referenten scheitern konnte. Ich bemerke ausdrücklich, daß Reichswirtschaftsminister Wissell sich nie mals von irgendwelchen Reseriments hat leiten lassen. Auch dieser Geschäftsvertrag ist nach der Unterbrechung in den ordent lichen Geschäftsgang gekommen. Ob irgend etwas aus dem gan zen Antrag geworden ist, weiß ich nicht. Weiter erklärt der Zeuge, daß er mit seiner Aussage nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob es sich um ein korruptives Vorgehen gehandelt habe. Gegenüber der Betonung des Zeugen, daß das Auftreten von Wels damals scharf gezeihen sei, erklärt Abg. Lüdemann (Soz.): Wer den Abg. Wels kennt, weiß, daß er immer etwas verb austritt.

Darauf kommt das Kondensmilchgeschäft noch einmal zur Sprache. Der Zeuge Weyermann gibt zu, daß der Vertrag mit Bar mat von vornherein einen Fehler enthalten habe, da nicht klar festgelegt war, ob die 16-Unzen-Dosen brutto oder netto waren. Aus einer Niederschrift des Direktors Thieme-Hamburg ergebe sich jedoch, daß die Fabriken, die sich durch Kontrakt zur Lieferung von 16-Unzen-Dosen verpflichtet hatten, sämtlich erklärten, daß Bar mat bei der Abwicklung des Geschäftes gewußt habe, daß nur die 14-Unzen-Dosen geliefert werden dürfen und daß Bar mat gelagt habe: Schreiben Sie ruhig 16 Unzen, Berlin wird nicht merken, daß es nur 14 Unzen sind. Zeuge Weyermann behauptet, daß bei den mündlichen Verhandlungen mit Bar mat jeder Zweifel darüber ausgeschlossen ge wesen sei, daß die Dosen 16 Unzen Milch enthalten mußten.

Der Vorsitzende verliest dann ein Schreiben der Handels kammer Amsterdam vom 28. Februar 1919. In ihm erklärt der Sekretär der Handelskammer, „daß diese Gesellschaft (Amexima) als sehr angesehen gilt, sodaß eine von ihr abgegebene Erklärung volles Vertrauen verdient“. Gelesen und gezeichnet

Der gemeinsame Kandidat der Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl



in kompletter Wechselfleibung je nach Bedarf.

ist diese Erklärung der Handelskammer vom deutschen Generalkon sul in Amsterdam und vom österreichischen Konsul.

Der 47jährige Kaufmann Thieme, der nach Pollwitz Ge schäftsführer der Reichsstellstelle war, befindet sich zur Frage der Büchsenmilchlieferung: In Holland suchte ich die zwei Fabriken auf, die kleinere Dosen geliefert hatten. Einer der Fabrikanten erklärte, er hätte nur Bar mat den Auftrag erhalten, die Dosen so herzustellen und dann fallige Etiketten aufzukleben. Auch der andere Fabrikant behauptete, antragsgemäß gehandelt zu haben. Wir sagten zu Bar mat jedesmal, wenn er sich uns gegenüber rein waschen wollte, müßte er die Fabriken verfallen. Eine solche Klage ist aber nicht erfolgt. Die Reichsstelle hat nur 14-Unzen-Dosen bezahlt und keinen Schaden erlitten.

Nun wird der ehemalige preussische Finanzminister v. Richter noch einmal zur Ergänzung seiner Aussage gehört. Er erklärt, er habe vorgelesen mitgeteilt, daß er mit Heilmann noch ein zweites Mal und zwar im November 1924 über die Angelegenheit Bar mat gesprochen habe. Dabei habe er betont, daß die Behebung der Schwierigkeiten Bar mats nur durch eine umfangreiche Kreditübernahme möglich sei. Er habe jedoch auf die Kreditgewährung durch die Staatsbank keinen Einfluß.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Darstellung Richters ist im wesentlichen zutreffend. Ich habe den Finanzminister damals auf die Preseangriffe gegen Minister Heilmann hingewiesen. In einem Atemzug mit Kutischer wurde da immer Bar mat genannt. Da habe ich den Minister um Klarheit über Bar mats Beziehungen zur Staatsbank gebeten. Ich sagte dem Bar mat hätte mit ge sagt, er habe 17 Millionen von der Staatsbank als Kredit er halten, von denen er 5 Millionen zurückgepaßt hätte. Dadurch sei er augenblicklich in Schwierigkeiten geraten. Richter sagte mir, wir sprechen ja unter vier Augen. Ich verneine Sie wohl richtig, wenn ich annehme, daß Sie wünschen, ich soll den Kredi t für Bar mat erhöhen? Wir sprachen dann noch über politis che Dinge. Ich erinnere mich des gesamten Gespräches sehr genau, weil es für mich die größte Bedeutung hatte. Herr v. Richter sagte u. a., für Ministerpräsident Kaas werde er stets eine große Verehrung haben, der Mann habe das Zeug zu einem Minister. In bezug auf Bar mat sagte er noch, die Kredite für Bar mat erschienen ihm volkswirtschaftlich durchaus begründet und finanziell in jeder Beziehung bedacht. Er hätte auch mit dem Abg. Leidig als Referent für die Staatsbank im Landtag über diese Frage gesprochen.

v. Richter: Herr Heilmann hat hier eine Reihe von Ein zelheiten aus unserem seinerzeitigen Gespräch angeführt. Es ist tatsächlich damals meine Auffassung gewesen, daß Herr Heilmann wünschte, daß die Kredite für Bar mat erhöht würden, und ich möchte Herrn Heilmann bitten, zu bekräftigen, daß er mir über schwierige Verhältnisse Bar mats berichtet hat. Herr Dr. Leidig und ich haben uns seinerzeit auch über die Verdringung Bar mats Staatsbank unterhalten und sind dabei zu dem Schluß gelan gen, daß auch heute noch gilt, daß nicht, wie dies in der Prese ge schehen ist, die Kutischer- und Bar mat-Kredite in einem Atem zuge genannt werden können. Es bestand zwischen diesen beiden doch ein großer Unterschied. — Abg. Heilmann (Soz.) be merkt als Zeuge: Ich habe in der Unterbrechung mit Herrn v. Richter darauf hingewiesen, daß Bar mat in Deutschland etwa 40 Fabriken unterhalte, in denen er 10 000 Arbeiter be schäftige. Diese Mitteilungen waren mit von dem Generaldis rektor Kaut gemacht worden und ich gab sie Herrn v. Richter weiter als Antwort auf die Frage, wozu denn eigentlich Bar mat das Kreditgeld verwende. Darauf beugte sich dann die Erklärung des Finanzministers, volkswirtschaftlich seien die Kredite durch aus begründet, weil sie ja deutschen Industriearbeitern zur Arbeit verhelfen. Ich erinnere mich dieses Gespräches ganz genau. Wenn der Finanzminister mir damals gelagt hätte, Bar mat kann mit Kutischer zwar nicht in einem Atem genannt werden, aber die Sicherheiten der Kredite erschienen ihm doch zweifelhaft, dann hätte ich Bar mat sofort gesagt: Bei dieser Beurteilung der Sachlage lege ich heute meine gesamten Vermögensposten nieder und wäre ab, bis ich sie ohne die Gefahr einer Kompromittierung wieder aufnehmen kann. Nur die Erklärung, die Kredite seien volkswirtschaftlich durchaus begründet und die Un terlagen durchaus sicher, hat mich veranlaßt, diesen Schritt nicht zu tun. Ich wollte durch meinen Besuch beim Finanzminister v. Richter feststellen, einmal, wie es mit Bar mat überhaupt steht, und dann wollte ich mitteilen, daß Bar mat 5 Millionen weiteren Kredit haben möchte und wollte dafür die Unterbrechung des Finanzministers haben, wenn er die Anwesenheit für sach lich gerechtfertigt erachtet hätte. — Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bildete die Kreditfähigkeit des Bar mat Gegenstand der Verhandlungen. Am Schluß erging Heilmann seine Aus lagen, die er bereits vor wenigen Wochen über Sprit-Weber und sein Verhältnis zu Stresemann abgegeben hatte. — Abends 7 Uhr werden die Verhandlungen vertagt. Am Sonnabend soll der Reichsanwalt a. D. Bauer noch einmal vernommen werden.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Blebig.

16. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

Kramphast prechte Mine den Arm der lustig Schwafenden.

„Wer — heirat“, sagte — der —?“

Bertha lachte hell. „Hätt er vielleicht uf dir warten sollen?“

„Ne, ne — ju ju,“ mehr brachte Mine nicht heraus, mech anisch verabschiedete sie sich.

Sonnenchein lag auf dem breiten Trottoir und dem Asphalt der Straße, er tat ihren Augen weh. Die brannten wie Feuer. Im Schatten der Hauswände schlich sie zurück. Die Destrille gähnte sie an wie ein Grab. Sie stahl sich auf ihren Hänge boden und riß sich den Hut vom Kopf. Aus dem Spiegelscherben guckte ihr ein blaßes, gänzlich verdunkeltes Gesicht entgegen; da ballte sie die Faust. „So 'n Kerl,“ sagte sie ingrinnend, und dann warf sie sich übers Bett und heulte in ihr Kissen. Und übers Weinen schloß sie ein.

Als sie erwachte, dunkelte es bereits.

Eine grenzenlose Verlassenheit überkam sie plötzlich — hatte sie denn gar niemanden, der sich um sie kümmerte? War sie ganz allein in der großen wildfremden Stadt? Mit einem sie völlig übermannenden Schmerz dachte sie an Bertha. Die sah in einem Biergarten und amüsierte sich, oder tanzte vielleicht gar und ließ sie hier allein hocken in dem dunklen Loch! Sie hätte sich die Augen aus dem Kopfe weinen mögen. Was sollte sie jetzt machen? Nach Hause schreiben? Ach nein! Ging es ihr denn so gut, daß die zu Hause Maul und Nase aufsperrten würden?

Sie würgte die Tränen herunter und erhob sich müde und unflüchtig. Daß auch die Greta gar nicht zu ihr kam! Selbst die Elli wäre ihr jetzt recht gewesen.

Sie setzte sich wieder den Hut auf und ging langsam hin über zum Grüntrankeller; Schritt setzte sie vor Schritt, fast wiederwillig, und doch zog sie's gewaltig. Sie konnte die Ein samkeit nicht länger ertragen.

Da stand sie vor der blauadertierten Tür — die war fest verschlossen. Mit trüblichen Augen sah sie die Straße auf und nieder, dümmrig war's und weiche müde Lust. Einzelne Pär chen schlenderten in sonntäglich-freilichem Beieinandersein übers Trottoir. — Die kamen vom Tiergarten, oder von irgendwo weit draußen her, aus Wald und Heide! Ein Mädchen mit lachendem Gesicht trug einen ganzen Strauß goldgelber herbstlicher Blätter und einen Zweig kirchroter Beeren in der Hand. Ach —!

Sie klopfte wieder und wieder, nicht nur mit dem Finger, sie nahm die ganze Faust. Vergebens! Da ließ sie durchs Tor auf den Hof des Hauses, vielleicht, daß Kesslers ihr Klopfen an der Hintertür hörten. Einer mußte doch zu Hause sein, immer

stlich einer da, um hintenherum vergekühten Dienstmädchen eine Flasche Bier oder sonst etwas zum Abendbrot Benötigtes zu verabfolgen.

Auch hier ihr Klopfen vergebens! Sie rief: „Onkel! Tante! Onkel! Greta!“

Mit schnelkäutigem Blick musterte sie die kleinen Hestliegen den Stühlen der Kellerwohnung, die der ausgewirbelte Kebricht des Hofes mit einer dichten Haut überzogen hatte. Kein Licht schimmer. Das ganze große Haus wie ausgefressen; als Nies lersart stand es unterm Himmel, der sich nächtlich umzog. Blaße Sterne schimmerien auf. Das einsame Mädchen redete sich und legte den Kopf ganz in den Nacken, um oben, zwischen den hohen beruhten Wänden durch das matte Geflinzel des Herbsthimmels sehen zu können.

Ein kalter Schauer ließ ihr über den Rücken. Eine Kasse stieß kläglich miauend über die Mauer des Nachbargrundstücks; der Rauchwind erhob sich, verfling sich im engen Hof und wisperte in den öden Ecken.

Noch immer konnte sie sich nicht zum Fortgehen entschließen.

„Onkel! Tante! Greta! Trude! Elli!“ Immer drin gender wurde ihr Ruf, es hallte laut über den stillen Hof.

Da öffnete sich oben im zweiten Stock ein Fenster, eine schwarze Frauengestalt neigte sich heraus. „Machen Sie nicht solche Störung am Sonntag! Unten ist keiner zu Hause — alle zum Vergnügen natürlich!“

Das Fenster schloß sich wieder. Der scharfe Ton hatte Mine erschreckt, sie wagte nicht mehr laut zu rufen. Leise, aber ein dringlich klopfte sie an das nächste Fenster — es war Arthurs Kammerfenster.

„Arthur! Arthur!“

VIII.

Die Familie Kessler war gegen drei Uhr ausgerückt. Am zwei schon hatte man angefangen, sich zu der Partie nach Hakensee zu rüsten; Trudel mußte Elli mit dem Brenneisen die Haare wellen, Mutter Kessler packte eine lederne Handtasche voll mit fettigem Sträußelkuchen und belegten Butterstollen. Es war ein hübscher Anblick, als die beiden zierlich gekleideten Mädchen, Trudel Ellchen an der Hand haltend, vor den Eltern her schritten. Herr Kessler sah sehr würdig aus, mit Zylinder und goldener Talmi-Wehrte; ehrbar führte er seine Frau am Arm, die in einem weißherblauen Kleide und spitzenbestem Cape stattlich genug einherrauschte. Vielleicht, daß sich draußen für Trude etwas anband.

Arthur hatte nicht mitgehen wollen, er grölte mit seinen Eltern. Als er allein war, machte er sich's bequem, indem er den Rock auszog und die Stiefel abhänferente, legte sich auf das Sofa in die gute Stube, ließ die Beine über die Seitenselchne hängen und rauchte eine Zigarre nach der andern. In der Stille des Sonntags und der Dämmerung des Kellers kam ihm der Schlaf; da erhob er sich taumelnd und schlich sich in seine Kammer aufs Bett, da lag er noch bequemer.

Schon in der ganzen letzten Zeit war Arthur mausfaul ge wesen, verdroffen war er am Morgen mit seinen Büchern unterm Arm in die Schule geschlichen, verdroffen 'um er heim, mürrisch stocherte er im Essen.

„Was ist denn los, Arthur?“ hatte die besorgte Mutter ge fragt. „Daß de stille bist.“ Ichrie sie die stumme Greta an, löre Arthur nicht immer! Der hat seine Gedanken in'n Koppe, der will Doktor werden!“

Daß sie nun gerade daran verlesen waren! Arthur hatte nicht die geringste Lust zum Studieren. Nicht einmal zu den Schularbeiten! Statt die zu machen, lag er in seiner Kammer auf dem Best und drauffste, oder er sah da, die Beine weit von sich gestreckt, die Füße gegen einen Haufen Bücher geklemmt, und paffte und paffte.

Michael war er nicht verkehrt worden, nun sah er nach den Ferien wieder mit Jungen in der Tertia zusammen, die über einen Kopf kleiner waren als er. Und diese Knirps machten sich über ihn lustig! Er verlor gar die Fassung. Wenn er auf gerufen wurde, wügte er gar nichts mehr. Der Lehrer zwakte die Achseln; er sagte nichts, aber er nahm den jungen Knirpsen, dem schon der Schnurrbart sproste, beiseite und gab ihm zu über legen, ob es nicht besser für ihn wäre, etwas anderes zu ergrei fen, als noch neben Kindern die Schulbank zu drücken.

Arthur wagte nicht, zu Hause etwas davon zu sagen; ihm fehlte der Mut. Er war schlapp geworden vom langen Hocken auf der Schulbank. So klemmte er nach wie vor seine langen Gliedmaßen hinter das niedrige Pult und träumte während der Lehrstunden mit offener Augen. Bis in die Schule hinein ver folgte ihn der Duft des Kellers. Er roch den wellenden Kohl, das faulende Obst, er sah die lachenden Gesichter der Mägde, er hörte ihr Schwäken, ihre Klatschgeschichten; das Raufeln ihrer Röcke empfand er wie eine körperliche Verletzung. Die Mutter hatte es gern, wenn der junge Mann sich im Laden her umdrehte, sie trieb ihn ordentlich dazu. Nun kam er nicht mehr los davon.

Der Keller — der Keller! In dem wutzte er. Seine an Kellerdunkel gewöhnten Augen blinzelten im hellen Licht der Schulstube. Was sollten ihm Lateinisch und Griechisch? — — „Für fünf Pfennige Suppengrün!“ — — „Zehn Pfund Kartoffeln!“ — — „Wohin gehen wir Sonntag? Tanten?“ — — „Na, was macht der Schatz?“ — — „Das war die Sprache, die er verstand. Die Mägde kokettierten mit ihm, und die Mutter blinzelte ihm aufmunternd zu — was sollten ihm Bücher?!

Vor ein paar Tagen nun hatte der Direktor an Vater Kessler geschrieben und ihn ersucht, seinen Sohn zum Gymnasium zu nehmen, da dieser einestells ein Anstoß für die Klasse sei, andernteils aber durch die verlorene Zeit an seiner Zukunft ge schädigt werde.

(Fortsetzung folgt.)

**Lübderer
Genossenschafts-
Bäckerei G. m. b. H.**
(3757)
Die in der ordent-
lichen Generalversamm-
lung vom 9. März 1925
beschlossene Dividende
kann vom Dienstag, d.
17. März d. J., an den
Wochentagen von mor-
gens 9 bis 12 und
nachm. von 3 bis 5 Uhr
gegen Vorzeigung der
Guthabenscheine im
Kontor der Genossen-
schafts-Bäckerei, Lü-
bderweg 65, in Empfang
genommen werden.
Der Vorstand

**Felle
und Haare**

kauf höchstehend
J. L. Würzburg
Wahmstr. 22a H. 758
Annahme von Fellen
zum Gerben (3721)

**Zigaretten
Zigarren**
C. Wittfoot
Ob. Nützstr. 18

V L G
Autoruf 8680
Tag- u. Nachtbetrieb

Bilder-Einrahmungen
Bilderleisten Fensterglas
O. Tauchnitz
Büchhandlung
Fleischhauerstraße 35
Fernspr. 2868

Bücherlotterie
zum Besten der Deutschen
Bücherei

Gewinn-Plan

Bücher, Musikalien oder Kunstblätter	1. Preis	2. Preis	3. Preis	4. Preis	5. Preis
1. erster Rangpreis: im Werte von	3000 M.	2000 M.	1000 M.	500 M.	250 M.
1. zweiter - - - - -	2000 M.	1000 M.	500 M.	250 M.	100 M.
1. dritter - - - - -	1000 M.	500 M.	250 M.	100 M.	50 M.
5. Gewinne - - - - -	500 M.	250 M.	100 M.	50 M.	20 M.
20 - - - - -	200 M.	100 M.	50 M.	20 M.	10 M.
50 - - - - -	100 M.	50 M.	20 M.	10 M.	5 M.
100 - - - - -	50 M.	20 M.	10 M.	5 M.	3 M.
200 - - - - -	20 M.	10 M.	5 M.	3 M.	1 M.
500 - - - - -	10 M.	5 M.	3 M.	1 M.	0,50 M.
5000 - - - - -	5 M.	3 M.	1 M.	0,50 M.	0,25 M.
20000 - - - - -	3 M.	1 M.	0,50 M.	0,25 M.	0,10 M.
25878 Gewinne	116500 M.				

Preis des Loses 1.50 M.

Ziehung am 29. April 1925 und den folgenden
Tagen in der Deutschen Bücherei
Lose sind zu haben in der

Buchhandlung „Lübderer Volksbote“
Johannisstraße 46

Wieder eingetroffen:

Mathematisches und technisches

Formeln- und Tabellenbuch

zum Selbstunterricht
und praktischen Gebrauch

für Metallarbeiter u. Werkmeister

Mit 160 Abbildungen und
vielen Rechenbeispielen

Preis 75 Pf.

Buchhandlung „Lübderer Volksbote“
Johannisstraße 46

Vom Tode errettet . . .

Lungenleidend! So urteilen Leidensgefährten:
Ich habe jetzt schon von Ihnen die sechste Flasche bezogen
und ich muß sagen, der **Nymphosan-Sirup** hat mich noch
vom Tode errettet. Erst war ich 10 Wochen im Krankenhause,
da hatte ich hohes Fieber und sehr viel Auswurf; auch war ich
so schwach, daß ich nicht mehr gehen konnte. Dann ging ich
nach Oberstdorf und da hörte ich von einem Herrn E. von Ihrem
Nymphosan-Sirup. Sofort bestellte ich diesen. Ich habe
14 Pfund zugenommen, kein Fieber mehr und Auswurf hat auch
sehr nachgelassen und spreche Ihnen meinen herzlichsten Dank aus.
G. B. in O.

So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden
Dankschreiben.

Bestand: Myr. cps. 9%, Na. benz. 0,1%, Na. br. 2%, Ferr.
pept. oxyd. liq. aa 5%, Extr. Mall. 24%, Sacch. 16% f. emuls.

Preis pro Flasche Mk. 3.-

Zu haben in den Apotheken. Wo nicht, wende man sich an die
Alleinhersteller **Nymphosan-A.G., München 38.** 3728

Uhren-Gilbner, Schauen 13,
90. Berl.-Ring p. 4. M. an
3720

derzeit jährl. 100 Mtl. m. Kom-
polda nicht in 1 Mtl. bei
Mensch u. Tier Kopf-, Klei-
der-, Filz- **Läuse**
(Brut)
vert. Hel. Wanzje m. Einn.
Anm. Kompolda (8) empf.
Steg. Frau & Krause, Beckergasse 33
(3722)

Fritz Reuters
Ausgewählte Werke
3 Bände Ganzleinen
11.25 M.

Buchhandlung
„Lüb. Volksbote“
Johannisstr. 46

Zur Abgabe an unsere Mitglieder haben wir noch

Brennholz

vorrätig.

Buchenkluft je rm 20.- Buchenküppel je rm 18.-
Eichenkluft „ „ 16.- Eichenküppel „ „ 14.-
bei frei Haus-Lieferung

Abgabe von Eichenstäben und Fichtenstangen
aller Stärken (Wohnstangen) jeden Sonnabend
8-5 Uhr Lagerplatz Gärtnergasse.

Gaarkartoffeln

Kaiserkrone (frühe Sorte)
Rauisens Juli (frühe Sorte)
Odenwalder blaue (mittelfrühe)
gelb kochende Industrie (spät)

müssen Bestellungen sofort, spätestens bis 20. Mär-
1925 bei uns aufgegeben werden.

Semeinnützige Giedlungs-Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Gandestr. 49/51 Fernruf 8220

Hüte

in preiswerter, guter Ausführung.

Elli Weber
Fleischhauerstraße 28

Hüte zum Umarbeiten und Um-
pressen erbitte baldigst. 3738

**Das Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold**

Beiträge von Löbe, Scheidemann,
Sollmann, Frig Koch, Robert Breuer
u. a.

Preis 30 Pfg.

Buchhandlung „Lübderer Volksbote“
Johannisstraße 46

Café Atlantic

Neu eröffnet Königsstr. 25
Täglich: (3732)

Konzert ab 4 Uhr nachm.

Blütenfest

Um 4 Torgyn!

Vom Donnerstag, den 12. März bis Sonntag, den 15. März

**Martin Wittheim
und Partner**

Bauchreden in höchster Vollendung
Ferner das großartige Filmprogramm

**„Hottentot“
und weiße Tauben**

**Parlapp-Flucht
Bad Schwartau** (3728)



Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Arbeiter-Turn- u. Sportbund
3. Kreis 3. Bezirk
Fußballsparte

Am Sonntag, dem 15. März
Großer Ball
im Gewerkschaftshaus
Eintrittspreis für Herren 0.80 M., Damen 0.60 M.
einchl. Steuer
Anfang 8 Uhr Ende 1 Uhr
Kasseneröffnung 5³⁰ (3734) Der Festaussch.

Städtisches Orchester
Heute
Volkstümliches Konzert
im Gewerkschaftshaus
Leitung: Generalmusikdirektor 3733
Karl Mannsardt
Solist: Konzertmeister K. Kudrat

Heute
Vortrag von Prof. Dr. Hans Much
Hamburg
„Das Chile-Haus in Hamburg als
Vorbild neuer norddeutscher
Baufultur“
abends 7 Uhr in der Aula des Johanneums
Eintrittskarten an der Abendkasse (3736)

Konzertleitung Ernst Robert Lübeck
KOLO SSEUM
Dienstag, den 17. März 1925, abends 8 Uhr
Violin-Konzert
des russischen Geigers
SOERMUS
und des tschechischen Pianisten
Bohmir Ulman
Konzertflügel: Julius Feurich, Leipzig
Vertretung: Ernst Robert, Breite Straße 29
Die Zuhörer bezeugten demonstrativ ihre
Liebe und Bewunderung. Hingerissen in
glühender Begeisterung stimmten sie ein
Lied an: Daily Herald, London 31. 12. 24)
Karten zum Einheitspreis von Mk. 1.- ein-
schließl. Steuer bei Ernst Robert, Breite Str. 29
und in der Buchhandlung des „Volksboten“,
Johannisstraße 46. (3727)
Konzertkasse geöffn. von 9-1 und 3-6 Uhr

Adlershorst
Morgen Donnerstag: (3724)
BALL!

TROGADERO
Täglich 8 Uhr: 3731
Unterhaltungs-
und Stimmungskonzerte

Fledermaus

Heute Mittwoch:
Hellerer Familienabend
Das Sensationsprogramm
Alya Roma Barre
in ihren Tänzen singt neueste Lieder
Hanny Garden Jimmy
Schönheit am Trapez tanzend, Jumbball
Fred Louis Comp.
Balance-Akt in schwindelnder Höhe
Weltsensation allerersten Bühnen
Außerdem der so beliebte
Familien-Tanz
Moderne und Rundtänze
Stimmung!
Eintritt auf allen Plätzen 50¢
Biere und Getränke aller Art
auf allen Plätzen (3739)
Sonnabend: Bubi-Ball
Prämierung der 3 schönsten Bubiköpfe

Bauverein Selbsthilfe e. V.

Außerordentliche Mitgliederversammlung
am Dienstag, dem 17. März,
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale Fr. Lender, Gundestr.
Tagesordnung: Statutenänderung
NB. Bählfarten legitimieren (3765) Der Vorstand

Stenographen-Verein Stolze-Schrey zu Lübeck
(gegr. 1858) e. V.
Öffentlicher Vortragsabend
am Donnerstag, dem 12. März 1925,
abends 8 Uhr
im gelben Saal des städtischen Saalbaues
Thema:
„Warum müssen Schule, Wirtschaft und
Verwaltung gegen die Reichsturschritt in
ihrer jetzigen Gehalt protestieren?“
Referent: Herr Emil Stark, Ehren-Mitglied
des Verbandes Stolze-Schrey und Mitglied
der Enghem-Vertretung. (3757)

**Deutscher
Belleidungsarbeiter-
Verband**
(Ortsgruppe Lübeck)
Versammlung
am Freitag, d. 13. März
abends 7 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Tagesordnung:
1. Bericht von den zen-
tralen Lohnverhand-
lungen
2. Verschiedenes (3749)
Zu dieser Versamm-
lung müssen sämtliche
Herren- und Damen-
schneider sowie Schnei-
derinnen erscheinen, da
eine Abstimmung statt-
findet.
NB. Die Mitglieder der
Ortsverwaltung treten
am Donnerstag abend
6 Uhr zusammen
Die Ortsverwaltung.

**Böttich-
Kommunistische
Einigung**
von
Graf Ernst Reventlow
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung
„Lübderer Volksbote“
Johannisstraße 46
Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 7.30 Uhr:
Rose 13 Premieren-
Vorstellung
Donnerstag, 7.30 Uhr:
Troubadour
Freitag, 7.30 Uhr:
Gespenster
Sonnabend, 7.30 Uhr:
Sunnens Ge-
heimnis und
Schleier d. Pier-
rette. (3755)

Gas abm 19 Goldpfa., Lichtrom khw 60, Kraft-
strom 27, Wasser abm 15/80, heizbare Räume mit
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfa. (3748)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. März.

Der Schöffe in der Republik.

Als nach der Revolution die Nationalversammlung gewählt wurde, um eine neue Verfassung zu schaffen, wurde auch bestimmt, daß als Schöffen und Geschworene alle Kreise der Bevölkerung zugelassen werden müssen. Unter der Zeit des „Kaisers von Gottes Gnaden“ war das anders. Da waren nur die besitzenden Kreise das Privileg, als Schöffe oder Geschworener gewählt zu werden. Kein Wunder war es darum, daß in der Vortriebszeit oft Urteile von den sogenannten „Volksgerichten“ zustande kamen, die dem Rechtsempfinden des Volkes direkt ins Gesicht schlugen. Verbitterung und Mißtrauen des Volkes gegen die Justiz waren die Folge. Der einfache Mann konnte die Empfindung nicht loswerden, daß die Juristen in Theorie und starren Formalismus eingeeignet waren. Jahrzehntelange sozialdemokratische Arbeit hat eine Aenderung geschaffen. Die Arbeiter sollen an der Rechtsprechung mitwirken, selbst Frauen nicht nur jetzt als Laienrichter. Wenn die Gemeinverhältnisse „Justizordnung“, die bereits geschaffenen Erfolge der Sozialdemokratie etwas geschnürt hat, so bedeutet das für die Sozialdemokratie nur, das Verlorene wiederzugewinnen.

Der Schöffe der heute als Richter berufen wird, ist ein Teil des Gerichts und darf auf keinen Fall etwa willkürliches Werkzeug in der Hand des Berufsrichters sein. Er hat die Aufgabe, Recht zu sprechen nach seinem Empfinden, und zwar im Sinn einer gesunden, zeitgemäßen Lebensauffassung. Er muß vor allem den Lauf der Verhandlung genau verfolgen. Es kommt bei der Beratung sehr oft darauf an, was der Angeklagte gesagt hat. Der Schöffe und Geschworene muß sich stets darüber klar sein, daß er über das Schicksal eines Menschen zu entscheiden hat. Von seinem Urteil hängt es ab, ob der Angeklagte zukünftig als unbestrafter oder als bestrakter Mensch gilt. Um genaue Klarheit über den zur Aburteilung stehenden Fall zu bekommen, kann jeder Schöffe durch den Vorsitzenden an Zeugen und Angeklagten Fragen stellen lassen. Vor allem muß er darauf dringen, daß das Vorleben des Angeklagten klar gestellt wird. Für die Motive, die zu der Straftat führten, ist das sehr wichtig.

Während der Beratung hat der Schöffe daselbe Recht wie der Berufsrichter. Seine Stimme gilt ebensoviel wie die des Richters. Und bei dem einfachen Schöffengericht können die beiden Schöffen den Berufsrichter überstimmen, wenn sie anderer Meinung über die Beurteilung der Straftat sind. Besonders wichtig ist die aktive Mitwirkung der Schöffen, wenn es gilt, dem Angeklagten mildere Umstände zuzubilligen. Judithaus oder Gefängnis? Ist nicht selten dabei die Frage. Der Schöffe hat die Pflicht, genau zu prüfen, ob der Angeklagte aus verbrecherischer Neigung oder aus anderen Motiven zu der Straftat gekommen ist. Junge Menschen soll man unbedingt vor dem Zuchthaus bewahren. Auch von dem Rechte der bedingten Strafaufhebung soll recht oft Gebrauch gemacht werden. Niemals darf man in den Angeklagten schon den Täter sehen! Nur das Ergebnis der Verhandlung kann zur Beurteilung der Sachlage herangezogen werden.

Wenn in diesem Sinne Schöffen und Geschworene an den Verurteilungen mitwirken, dann wird auch bald die Zeit aufhören, wo Recht zu Unrecht wird. Daran mitzuwirken, ist Pflicht aller rechtlich denkenden Menschen.

Eine Kältewelle. Kurz vor Winters kalendermäßigen Abschied gibt er nochmals seine Milde ab. Die Vagel- und Schneehäuer sind nicht nur, wie gestern berichtet, über Nordwestdeutschland niedergegangen, sie haben auch außer in den nördlichen Staaten weiter südlich unseres Breitengrades erhebliche Kälte gebracht. In den deutschen Mittelgebirgen, Brocken, Rittelgebirge usw. herrscht 10 bis 12 Grad Kälte. Auf dem Feldberg schneit es noch immer. Von der Zugspitze werden 23 Grad und vom Säntis 18 Grad Kälte gemeldet. Für die nächsten Tage wird ein Druckausgleich erwartet, der uns bald in eine Hochdrucklage hineinbringt. Dann werden wir schönes, aber recht kaltes Wetter, vor allem sehr kalte Nächte bekommen. Es ist also voraussichtlich noch ein weiter Weg bis zum Frühling. — Aus ganz Oberitalien und den italienisch-schweizerischen Grenzorten werden schwere Stürme und starker Schneefall gemeldet.

Volksstämmliches Konzert im Gewerkschaftshaus. Heute (Mittwoch) abend 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein volksstämmliches Konzert des Städtischen Orchesters statt, auf das wir auch an dieser Stelle nochmals empfehlend hinweisen. Die Vortragsfolge bringt „für jeden etwas“ und ist volkstümlich im besten Sinne. Niemand sollte sich die Freude dieses Abends entgehen lassen, zumal auch der geringe Eintrittspreis durchaus „volkstümlich“ gehalten ist.

Die Lübecker Genossenschaftsbücherei hielt am Montag im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem dort stattgefundenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft auch im Jahre 1924 erfolgreich gearbeitet hat. Der Gesamtumsatz betrug 781 593,20 Mk.; der Reingewinn nach Übernahme der erforderlichen Abschreibungen 18 580,52 Mk. Die technischen Einrichtungen sind weiter verbessert worden. Auf Vorschlag des Aufsichtsrates beschloß die Generalversammlung eine weitere Aufwertung der Anteilsscheine, die Verteilung einer kleinen Dividende an die Genossen in Form von Botmarken, zwei Prozent Rückvergütung auf ihren Lohn an die zurzeit im Geschäft tätigen Personen, ½ Prozent Vergütung auf den Umsatz an die Niederlagen, die gegenwärtig Brot von der Lübecker Genossenschaftsbücherei beziehen. Durch das Gewerkschaftsbücherei soll an verbesserte Erwerbslose eine unentgeltliche Brotverteilung im Werte von 1000 Mk. erfolgen. In der Beratung kam allgemein zum Ausdruck, daß eine Förderung der Interessen der Genossenschaftsbücherei geboten sei, damit diese mehr noch als bisher gemeinnützig wirken könne. Das ausschließende Aufsichtsratsmitglied Rose wurde wiedergewählt, für den verstorbenen Genossen Bed tritt der Genosse Passarge in den Aufsichtsrat ein. Dem Vorstande wurde für seine sorgfältige und umsichtige Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt.

Gott schütze Dein Augenlicht, vergiß die Blinden nicht! Von der amtlichen Hauptfürsorgestelle wird uns geschrieben: Schon wieder flattert ein Blättchen mit dem obigen Motto in die Häuser Lübeds. Die Mahnung ist gewiß beherzigenswert, doch gibt es auch in Lübeck Blinde in genügender Anzahl, die der Hilfe bedürfen. Wer das an der Spitze stehende Motto beherzigen will, möge doch seinen Bedarf in der Blindenwerkstatt der Armenbehörde oder bei einem der in Lübeck ein Gewerbe treibenden Blinden kaufen. Auf Grund der Erfahrungen des Wohlfahrtsamtes kann immer nur wieder darauf hingewiesen werden, daß auch die Blinden Lübeds dringend der Hilfe bedürfen. Auskünfte in allen Blindensachen werden gern erteilt von der amtlichen Fürsorgestelle für Blinde, Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, Zimmer 13 und von Herrn Lau, Königstraße 48.

Die mißglückte Senatsreform.

Und was nun?

„Der Senat kann zufrieden sein. Aber — er wird seines Sieges nicht froh werden.“

Dürfen wir etwas die Gedächtnisse auffrischen? Wir erinnern uns verschiedener Bürgerchaftssitzungen, da sah am Senatstisch der Bürgermeister selbst. Und kämpfte um seine Position und um die Position des Gesamtsenats. Noch gar nicht solange ist es her. Es war die Zeit vor dem Volksentscheid, die „große Zeit“ der bürgerlichen Einheitsfront, die Zeit der geschlossenen Phalanx von den Demokraten bis zu den Völkischen, die Zeit auch, wo Halenkreuz und Stahlhelm die beherrschenden Symbole der öffentlichen Versammlungen waren, in denen der bürgerliche Senat zu seinem Volke sprach.

„Große Zeiten“ sind auch im Leben kleiner Staaten vorübergehende Erscheinungen. Nach dem Siegesjubiläum trat der graue Ernst des Alltags wieder in sein Recht. Die „Hochgeit“ des Volksentscheides mußte allmählich verfliegen. An den Senat trat die gemessene Pflicht heran, seine Versprechungen einzulösen, für eine Verkleinerung und Verjüngung des Senats von sich aus einzutreten. Von sich aus und ein bißchen auch von der Gnade der bürgerlichen Einheitsfront aus.

Geitern war gewissermaßen der erste Endspurt in Ausführung dieses Versprechens. Erneut kämpfte Bürgermeister Dr. Neumann um seine und des Senates Position. Aber so wichtig wie einst nahm der Bürgermeister die Sache nicht — oder war er seines Erfolges schon so sicher? — jedenfalls hielt er es diesmal nicht für nötig, persönlich seine Sache, „seine“ Sache, zu vertreten. Sondern überließ alles den immer etwas östigen und ebenso oft etwas ahnungslosen Redensarten seines getreuen Knechts Fridolin Vermehren.

Und nun hat er den Senat.

Der Senat steht zunächst vor einem Scherbenhaufen. Seine schöne Einheitsfront ist verfallen und verkauft. Nicht nur die Hausbesitzer und die Völkischen ließen ihren einst so vaterliebsten und vielgelobten Senat im Stich, selbst in der magnifizentiösen Leibgarde, mit dem Namenszug Wirtschaftsgemeinschaft auf den Uniformklappen, ist eine schwere Meuterei ausgebrochen. Nicht nur ausgerissen sind einige dieser einst so strammen Reingardisten, einer von ihnen ist glatt zum Feinde übergelaufen; Rosenquist kämpfte einsam und verlassen in der völkisch-kommunistischen Tambourmajorsmatrasenfront.

Und so könnten wir heute mit einer gewissen Schadenfreude den hohen Senat an unsere Voraussetzungen vom 7. Januar 1924 erinnern: „Der Senat kann zufrieden sein. Aber — er wird seines Sieges nicht froh werden.“ Vielleicht wird in diesen Tagen der Bürgermeister etwas nachdenken über seine kolossale

Fehlrechnung. Zwar kann man mit einigen Kleinbürgerlichen Lebensarten von „Vaterstadt“ und „sozialdemokratischer Gefahr“ die widersprechenden Interessen kleiner Geister und Gruppen und die traurigen Köpfe vom Schläge Wittern und Rosenquist einmal für kurze Zeit unter einem Stahlhelm sammeln, aber mit solcher Front Politik treiben, das kann man wirklich nicht. Oft genug haben wir auf diese Selbstverleumdung aufmerksam gemacht. So ist die bürgermeisterliche Politik in Wirklichkeit an der Klippe der eigenen Kurzsichtigkeit gescheitert.

Schon die vorhergehenden Kämpfe in der Öffentlichkeit bewiesen, daß immer noch die beim Volksentscheid zitierten Geister umherspukten. Z. B. übte sich Herr Schmidt-Römhild, der nicht nur ein „Handwerker“ mit Gänjesüßchen, sondern auch ein „Politiker“ mit Gänjesüßchen zu sein scheint, noch vor drei oder vier Wochen in den schönsten altertümlichen Lebensarten von einst und benutzte die Vorfeldkämpfe um die Senatsposten, um die Sozialdemokratie mit dem alten Leierkasten von den „alten und aufrechten Genossen“ zu besingen. Allerdings meinte er diesmal damit nur noch den sozialdemokratischen Senator Friedrich.

Dieser einsichtsvolle Böhndereisebesitzer und mit ihm ein großer Teil bürgerlicher Intelligenzen hat die Rollenverteilung bei der vorliegenden Senatsreform also überhaupt nicht begriffen. Die sozialdemokratische Fraktion hat an der ganzen Sache doch nur ein Interesse zweiten Ranges. Sie steht sozusagen Gewehr bei Fuß. Es handelt sich im wesentlichen um die Einklösung eines Versprechens des Senats und der bürgerlichen Einheitsfront an die Lübedische Bevölkerung. Die Sozialdemokratie verlangte Abbau und Verjüngung des Senats; der Senat und mit ihm die bürgerlichen Parteien versprochen, diese Reform „von sich aus“ vorzunehmen. Gut, so konnten die Sozialdemokraten in aller Seelenruhe sagen, warten wir ab; wir werden jede Reform unterstützen, die auch auf unserm Wege liegt. Geht es nicht — dann nicht liebe Tante; die Verantwortung vor der Öffentlichkeit trägt die andere Seite.

Die sozialdemokratische Fraktion hätte diese Reform auf dem kürzesten Wege und rücksichtslos durchgeführt — genau so rücksichtslos hätten wir den Senat abgebaut, wie dieser die Beamten abgebaut hat. Die Bevölkerung hat es anders gewollt, soll sich diese Bevölkerung jetzt mit denen auseinandersetzen, die ihr vor dem Volksentscheid die großen Hoffnungen und den kleinen Senat vorgekauft haben.

Wir können abwarten. Den ersten Stoß der politischen Entwicklung hat die „Wirtschaftsgemeinschaft“ ausfallen müssen. Sie ist darüber in Trümmern gegangen. Jetzt trifft die Last der Verantwortung in ihrer ganzen Schwere den Senat selbst. Wie wird er sich dieser Verantwortung erledigen?

Wir Sozialdemokraten können ruhig abwarten. Können Sie es auch, Herr Bürgermeister?

Proletarischer Sprechchor Lübeck.

Ernst-Zoller-Abend

zum Besten der Opfer des
Grubenunglücks von Dortmund
Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Chöre — Schwalbenbuch — Lieder der Gefangenen.
— Eintritt 50 Pfg. —

Karten im Gewerkschaftshaus, Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Zigarengeschäft Duse und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins. Erwerbslose erhalten an der Abendkasse gegen Vorzeigung ihres Ausweises Freikarten.

Gänger-Konzert im Gewerkschaftshaus

ausgeführt vom Chorverein Treue Hamburg-Eilbek.

Am Sonnabend, dem 14. März gastiert der bekannte Hamburger Gesangverein „Treue“ (gemischter Chor) in Stärke von 180 Personen im Gewerkschaftshaus in Lübeck. Dirigent ist der bekannte Chorleiter Franz Bachhaus. Die anerkannten Leistungen des Arbeitergesangvereins wurden überall aufs beste gewürdigt. Da der Eintrittspreis nur 50 Pfg. beträgt, wird die Veranstaltung gewiß auch hier reichen Zuspruch finden. Ueber das letzte Gau-Konzert schreibt das Hamburger Echo u. a.: „Schon die bloße Aufstellung des Programms für dieses Konzert legte wieder einmal Zeugnis dafür ab, welche ernste Kulturarbeit im Deutschen Arbeiter-Sängerbund geleistet wird. Man wurde in die Blütezeit des A-cappella-Gesanges (1500—1650) zurückversetzt. Das Programm war also nach musikalisch-ästhetischen Gesichtspunkten zusammengestellt. Der gesangliche Teil des Konzerts lag in den Händen des Chorvereins „Treue“ von 1887, Eilbek, und er löste seine Aufgabe mit Hingebung und durchweg mit gutem Gelingen, zumal im Anfang. Ganz vorzüglich kam gleich der harmonisch recht schwierige „Mächterruf“ heraus. Eine Glanzleistung war auch das „Scholied“ von Orlando di Lasso. Besonders die Stimmen, die das Echo wiedergaben, waren wundervoll hart, klangvoll und rein. Kein Wunder, daß die begeisterten Hörer das entzückende Lied da capo begehrten. Lebhaften Beifall rief auch die Volkswaise „Kudak“ in der musikalisch äußerst reizvollen Vertonung von Laurentius Kemlin hervor.“

Option der Memeldeutschen.

Erklärungsabgabe für die deutsche Reichsangehörigkeit beim Stadt- und Landamt.

Durch die Memel-Konvention vom 8. Mai 1924 haben die alliierten und assoziierten Hauptmächte die Rechte auf das Memelgebiet, das Deutschland gemäß Art. 99 des Vertrages von Versailles hat abtreten müssen, auf Litauen übertragen. In den Artikeln 8 bis 10 der Memel-Konvention haben sie gleichzeitig die Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Gebiets getroffen, zu deren Anerkennung Deutschland in Art. 99 Abs. 2 des Vertrages von Versailles sich hat verpflichtet. Zur Ausführung dieser Bestimmungen ist zwischen Deutschland und Litauen am 10. Februar 1925 der deutsch-litauische Optionsvertrag geschlossen worden. Danach haben Personen,

die am 10. Januar 1920 die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, am 30. Juli 1924 das 18. Lebensjahr vollendet haben und bis zum 30. Juli 1924 im Memelgebiet ihren tatsächlichen Wohnsitz hatten, am 30. Juli 1924 ohne weiteres unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit die litauische Staatsangehörigkeit erworben. Der Wohnsitz muß wenigstens vom 10. Januar 1920 bis zum 30. Juli 1924 einschließlich bestanden haben. Ist jedoch in diesem Zeitraum der Wohnsitz im Reichsinnere verlegt worden, so bleibt eine Unterbrechung dennoch außer Betracht, wenn während der Abwesenheit die Ehefrau des Abwesenden, Verwandte auf- oder absteigender Linie, Verwandte aufsteigender Linie oder Seitenverwandte bis zum dritten Grade ihren Wohnsitz im Memelgebiet hatten oder der Abwesende oder seine Ehefrau Grundeigentum oder ein gewerbliches Unternehmen im Memelgebiet in ihrem Besitz oder Mitbesitz hatten. Personen, die hierauf die litauische Staatsangehörigkeit erworben haben, steht das Recht zu, durch Option zugunsten Deutschlands die deutsche Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben. Die Frist zur Option für Deutschland läuft am 31. März 1926, für einen Teil der unmittelbaren Staatsbeamten im Memelgebiet jedoch bereits am 31. März 1925 ab. Optionsberechtigte, die im litauischen Staatsgebiet ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren Aufenthalt haben, können ihre Optionserklärung beim Stadt- und Landamt, Mühlentstr. 72, Zimmer 6, abgeben. Dort werden auch alle weiteren Auskünfte über die Option erteilt. Legitimationspapiere sind mitzubringen.

Schlechte Aussichten im Bankgewerbe. In wenigen Wochen verlassen wieder Tausende von Knaben und Mädchen die Schule, um ins Berufsleben einzutreten. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten hält sich für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß zurzeit in keinem Gewerbe so wenig Aussicht auf Fort- und Vorkommnisse besteht wie gerade im Bankgewerbe. Wie er uns mit der Bitte um Veröffentlichung mitteilt, sind zirka zwei Drittel der während der Inflation in den Bankbetrieben tätigen Angestellten abgebaut worden, während die zu dieser Zeit abgeschlossenen Lehrverträge natürlich noch weiter laufen. Daraus ergibt sich der geradezu groteske Zustand, daß die Arbeiter ganzer Abteilungen beinahe ausschließlich durch Lehrlinge und jüngere Angestellte versehen werden. Diesen vorhandenen Lehrlingen ist aber zum großen Teil seitens der Bankleitungen die Eröffnung zuteil geworden, daß sie auf eine Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Lehrzeit nicht rechnen können. Allen Eltern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, möge das zur Warnung dienen. Abgesehen von diesen traurigen Zuständen sind die Einkommensverhältnisse der mittleren Bankangestellten zurzeit außerst niedrig und erreichen bei weitem nicht das in Friedenszeiten übliche Niveau. Das günstigste zu erreichende tarifliche Höchst-Einkommen beträgt nach dem zurzeit geltenden Vertrage 275 Mk. monatlich — aber wann wird dieses erreicht und wer erreicht es!

Falsche Rentenbankcheine zu 10 Rentenmark. Seit einiger Zeit tauchen Nachbildungen von Rentenbankcheinen zu 10 Rentenmark auf, die auf Papier mit bogenförmigem oder menschenähnlichem Wasserzeichen gedruckt sind, während die echten Scheine als Wasserzeichen das Kreuz-King-Muster haben. Neuerdings verwenden dieselben Fälscher Papier ohne natürliches Wasserzeichen und ahmen das Wasserzeichen der echten Scheine durch Ausdruck eines Krieches nach. Bei allen diesen offenbar einer Quelle entstammenden Fälschungen sind die bei den echten Scheinen im Papier eingebetteten Fasern nur aufgelegt, oder mit Seidenpapier überlebt, oder sie fehlen gänzlich. Hält man die Fälschcheine gegen das Licht, so ist die Fälschung leicht zu erkennen.

Anteil an der Verschönerung des Festes. Eine Ausstellung, auf-
gebaut vom Konsumverein mit einem erläuternden Vortrag, ge-
halten von einem Mitgliede der Lübecker Geschäftsleitung, trug
dazu bei, daß auch das Genossenschaftswesen zu seinem vollen
Rechte kam. Ein äußerst gemütlicher Ball schloß sich dem Unter-
haltungsteil an und wird dieser Unterhaltungsabend den Teil-
nehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

k. Schönberg. Freiwillige Feuerwehr. Zweck-
entgeltlicher Bildung einer freiwilligen Feuerwehr ladet der Rat die
hiesigen Einwohner zu Donnerstag, 12. März, abends 8 1/4 Uhr,
nach Wischendorfs Hotel ein.

Hanfestädte.

Bremen. Klassen-austausch Bremen-Berlin.
Vorigen Monat besuchte eine Reutölnner Schulklasse Bremen.
Der Sinn war, unsere Jugend durch eigene Anschauung fremder
Gegenden und durch Zusammenleben mit stammesfremden Alters-
genossen den Gedanken der Reichseinheit erleben zu lassen. Erst
dann wird die Republik ihr Vaterland! Jetzt waren die Bremer
Kinder — Jungen und Mädchen, Schüler und Schulklassen —
die Gäste ihrer Reutölnner Kameraden. Sie erlebten die Nie-
senstadt, am stärksten natürlich am 4. März, als die Hundert-
tausende sich zum Sarge des Präsidenten drängten. Sie lernten
die Wohnweise auf Hinterhöfen und in Seitenflügeln kennen
und staunten über den Gegensatz von Ost und West, als sich
ihnen das vornehme Haus eines reichen Fremdes unserer Sache
gestaltete. Und die Wart: das königliche Potsdam, die
Spree und Haveln, die weiten Wälder — all das dringt auf
ihre Sinne ein. Doch die Hauptsache blieb auch hier die gemein-
same Arbeit des Alltags. Da befam jeder Ehrfurcht von der
ehrischen Arbeit des andern, man kritisierte und verteidigte sich.
lernte vom andern aus dem Erfahrungskreis der Fremde. Auch
die Eltern! Auch die Lehrer! Kein Lehrbuch ersetzt den
lebendigen Menschen; schließt unsre Schulen dem Leben auf!

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Schleswig-Holstein, Bezirk Lübeck.
Öffentliche Sängerversammlung.

Auch in Sängerkreisen wird eifrig agitiert. Am letzten
Sonntag, dem Vorabend der hier stattgefundenen Bezirkskonfe-
renz, sprach in einer öffentlichen gut besuchten Sängerversamm-
lung Herr A. Blankefeld-Hamburg über „Zweck und Ziele
des deutschen Arbeiter-Sängerbundes“. Der Einladung haben
auch Vertreter von Vereinen, die dem deutschen Arbeiter-Sän-
gerbund nicht angehören, Folge geleistet. Der Referent rief u.
a. um die anwesenden Sänger und Sängerinnen nicht zu langweilen,
auf einen historischen Rückblick der Entwicklung des Ge-
sanges verzichten zu können. Unsere Anschauungen sind anders,
als die unserer Vorfahren. Die Arbeiter haben spät gelernt, sich
zu vereinen. Noch vor 50 Jahren waren sie politisch ent-
rechtet. Erst durch den politischen und gewerkschaftlichen Zu-
sammenschluß erfolgte auch die Förderung des Gesanges in Ar-
beiterkreisen durch Gründung von Arbeitergesangvereinen. Man
kannte wohl das Volkslied, aber man konnte die Idee nicht ent-
wickeln, die Volksschulbildung ermöglichte es diesen Kreisen

Metallarbeiter - Jugendsektion

Am Donnerstag, 12. März, abends 1/8 Uhr

3. und letzter Vortrag

über die Reichsverfassung

von Genossen Hans Ahrenholdt.

Die Jugendleitung.

nicht. Nur langsam kann deshalb die Ausbildung erfolgen. Als
Bindemittel zwischen Werkstatt und Gesang pflegt man das
Kampflied in den Vordergrund zu stellen. Hierin unterscheiden
sich die Arbeitergesangvereine von den Bürgerlichen, die unor-
ganisiert und gesellschaftlich verschieden zusammengefaßt sind. In
Arbeitergesangvereinen sind nunmehr 300 000 Arbeiterjänger or-
ganisiert, wären es 3 Millionen, könnte auf politischem Gebiete
auch mehr erreicht werden. Gesellschaftlich gehört jeder Ar-
beiter in den Arbeitergesangverein hinein. Nunmehr erörtert
der Redner auch die Entwicklung der Frauen- und gemischten
Chöre. Nachdem in Deutschland die Arbeiterchaft in politischer
Hinsicht freier wurde, geht auch die Entwicklung auf dem ge-
sellschaftlichen Gebiet vorwärts. Durch die Niedergemeinschaft ist
der Chorgesang erheblich gefördert worden. Dadurch, daß gleiche
Lieder von verschiedenen Vereinen möglichst unter dem selben
Dirigenten gelangen werden, ist die Möglichkeit vorhanden, bei
gelegentlichem Zusammenwirken in großen Chören aufzutreten.
Der deutsche Arbeiter-Sängerbund hat nunmehr nach seiner Glie-
derung in Gau- und Bezirke die Arbeitergesangvereine zum
größten Teile erfasst. In seiner Satzung heißt es ausdrücklich:
„Der A.-S.-Bund stellt sich in den Dienst der Arbeiterbestre-
bungen.“ Sein Verlag liefert Lieder an Bundesvereine zu be-
vorzugten Preisen. Gegner unserer Bestrebungen sind leider noch
viele Dirigenten. Infolge ihres Einflusses steht uns noch man-
cher Arbeiterjänger fern. Auf Veranlassung des Deutschen Ar-
beiter-Sängerbundes hat der preussische Minister für Volkswohl-
fahrt verfügt, Vereinen, welche bestrebt sind, künstlerische Ver-
anstaltungen zu bieten, die Gemeinnützigkeit zu verfolgen, d. h.
die Steuer zu erlassen. In längeren, klaren und zielbewußten
Ausführungen wußte der Redner nachzuweisen, daß der Chor-
gesang liebe und erzieherisch auf alle Menschen wirkt. Deshalb
sollte sich der Arbeiter diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.
Die Natur gebe wohl jedem Menschen das Instrument — die
Stimme, diese wird jedoch durch die heutige Volksschule nicht
ausgebildet. Das Versäumte muß durch den Anschluß an vor-
wärtstrebende Vereine und gutgeleitete Chöre nachgeholt wer-
den. Zum Schluß erging an alle Anwesenden die Aufforderung,
zu erkennen und mitzuarbeiten an dem Werden des deutschen
Arbeitergesanges.

Die Aussprache, von der besonders die Vertreter von Ver-
einen, welche dem „Deutschen Arbeiter-Sängerbund“ bisher fern-
standen, ausgiebig Gebrauch machten, hat bewiesen, daß die
Worte des Referenten auf guten Boden gefallen sind. Alles
hat seine Zeit und die bessere Einsicht kommt doch. Man hat
die Ausführungen begriffen und zum Ausdruck gebracht, durch
Einfluß dahin zu wirken, den Anschluß an den Bund zu voll-
ziehen. Nach Klärung und Erläuterung einiger organisatorischer

Fragen ging die Versammlung mit dem Bewußtsein auseinander,
daß im Interesse der Arbeiterjängerbewegung ein großer
Schritt vorwärts getan sei.

Bezirkskonferenz im Gewerkschaftshaus.

Am Sonntag, 8. März, fand die Bezirkskonferenz statt. Die
Beteiligung der Delegierten erfolgte durch den Vortrag des Stim-
mungsvollen Liedes: „Des Liedes Kristall“ vom Chorverein
Lübeck. Der Vorsitzende Kasse dankte zunächst der Verstor-
benen, und zwar des Reichspräsidenten Ebert und Werner, wo-
rauf der Gauvorsitzende Grotz die Grüße des Gauvorstandes über-
mittelte. Nachdem die Mandatsprüfungskommission gewählt, er-
staltete der Vorsitzende den Bericht des Vorstandes. Demselben
ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre zum Bezirk 12 Vereine
mit 284 männlichen, 224 weiblichen Sängern und 411 passiver
Mitgliedern gehörten. Davon sind gewerkschaftlich 518, politisch
248 Mitglieder organisiert. Die Sängereinnahme wird von 219
Mitgliedern gehalten. 10 Konzerte wurden von den einzelnen
Vereinen und ein Bezirkskonzert in Lübeck veranstaltet. Der
Bezirksvorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen, außer-
dem fanden zwei Sitzungen mit den Bezirksvorständen und drei
Sitzungen mit dem Gauvorstand in Neumünster statt. Die Ham-
burger Gaukonferenz wurde durch einen Delegierten besucht; in
Küdnitz fand eine Versammlung statt, mehrere Gesangskunden der
Vereine wurden durch Vorstandsmitglieder besucht. Mit dem
Wunsch auf weitere Entwicklung des Bezirkes wird der Bericht ge-
schlossen. Die Kassenverhältnisse sind heute günstiger, als im Vor-
jahre. Es betrug die Einnahme 436,51, die Ausgabe 72,70 M.,
so daß ein Kassendefizit von 422,51 M. vorhanden ist. Auf An-
trag der Referenten erfolgte Entlassung des Kassierers. 14 Ver-
eine sind durch 19 Delegierte auf der Konferenz vertreten, zwei
Vereine sind nicht erschienen. Der Vortrag von Sangesbruder
Blankefeld-Hamburg behandelte den organisatorischen Aufbau
des deutschen Arbeiter-Sängerbundes und die Pflichten der
Vereine. Der Vortragende gibt in klaren Ausführungen
Singerregeln zur geordneten Arbeit innerhalb der Vereine, Agi-
tation und Propaganda darf nicht nachlassen, sondern stets und
ständig getrieben werden, um neue Mitglieder zu gewinnen. Die
Pflichten der Vereine bestehen nicht allein in der Zahlung der
Beiträge, sondern in zielbewusster Arbeit für die Gesamtorgani-
sation. Hieran kommt die von den Vereinen gestellten An-
träge zur Erledigung. Der Chorenrat Lübeck beantragt, daß



**Kinderwagen
Dreiradwagen
Klappertourenwagen**

Große Auswahl. Niedrigste Preise.

Blicsath-Landwehr Lübeck, Sandstr. 9
Telephon 2189

Nicht Alltägliches

Sondern nur

vom Guten das Beste.

JOSETTI

Vera 4-8 Cigarette

Wir empfehlen uns zur Lieferung von

la. Briketts

la. Westf. Hartkoks 20/4, 40/6 usw.

**Anthrazit-
Anthrazit-Eiformbrikett**

Stück- und Nußkohle
Kiefern- u. Buchenholz

**Hanseatische Torfverwertungs-
Aktien-Gesellschaft**

Lübeck :: Engelsgrube 44, 1

**Alle Milch-
Produkte**

Hansa-Meierei

Louis Wolff

Commandit-Gesellschaft

Bank

Telephon: 306, 792, 650, 8708

Kohlen • Koks • Briketts • Holz



**Kohlen-
G. m. Kontor**



Lübeck, Holstenstraße Nr. 17. Fernsprecher Nr. 818/819.
Lager auf der Wallhalbinsel.

W. Schild: Schlutup

Manufakturwaren

Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Wäsche und Kurzwaren — Beffedern

Arbeiter-Garderoben — Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder

Nur gute
Schuhe
Schuhwarenhaus
Auguste Popp
sind
billig!

Gewerkschaftshaus
Lübeck
Johannisstraße 50/52

Herren-Modewaren
Wäsche

Louis Graff
Holstenstraße 20

Hüte :: Mützen

Bernhöft & Wilde

Fernsprecher 139, 140, 409

**Briketts — Koks — Kohlen
Grude — Brennholz**

Bahnhofs-Hotel

Oberstraße 3
Fernsprecher 2488

Gut möblierte Zimmer

Grillstische Küche

Gepflegte Biere und Weine

W. Ströbach

MÜTZE WASCHE

Franzen & Co.

Herren-Artikel
Holstenstraße Nr. 21

MUTZEN KRAWATTEN

**Brauerei
Zur Walkmühle**

H. Lück

LÜBECK :: Fernruf 284

Helle und dunkle
Spezialbiere
in altbekannter Güte

Alle Vereine, die durch den Hensburger Gantagsbeschluss ausgeschlossen wurden, wieder in den deutschen Arbeiter-Sängerbund aufgenommen werden können. Ueber die Aufnahme von sonst bestehenden Vereinen oder neugegründeten bezieht sich der Bezirksrat auf den Vorstand. Nach gründlicher Aussprache fand dieser Antrag einstimmige Annahme. Auch der Antrag des Bezirksvorstandes, die Bezirkskonferenz wolle beschließen, dem Bezirksvorstand einen Beirat von 4 Sangesbrüdern resp. -Schwestern beizusetzen. Der Beirat ist verpflichtet, an allen wichtigen Sitzungen des Bezirksvorstandes teilzunehmen. Der Antrag, der Beirat wird auf der Bezirkskonferenz gewählt, findet Annahme, dagegen der Antrag vom Gesangsverein Schlutup, Chorverein Schwartau-Rensfeld und Liedertafel Fadenburg, der sich mit dem ersten Beirat, teilweise zurückzuziehen. Die hierauf vorgenommene Wahl des Beirats hat folgendes Ergebnis: Wolter-Schlutup, Fick-Fadenburg, Schütz-Swartau und Stenk-Herrnburg. Ein Antrag der Fadenburger Liedertafel: Die Bezirkskonferenz möge beschließen, bei Bezirkskonferenzen die Dirigenten von der Bezirkskasse zu bezahlen, wird seiner Undurchführbarkeit wegen abgelehnt. Der 2. Antrag des selben Vereins: Der Bezirksrat möge beschließen, zur Förderung des Chorgesanges für alle dem Bezirk angeschlossenen Vereine einen Chormeister anzustellen, wird nach eingehender Aussprache dem Bezirksvorstand überwiesen. Der Antrag Seeger: Beantragen, dem Bezirk 3 Neumünster anzugehören, wird zurückgezogen. Antrag Seeger-Dänishburg: Es ist nicht gestattet, bei Bezirkskonferenzen über die vorgeschriebene Anzahl der Lieber hinauszufragen; jeder Verein hat sich streng an die Vorschriften zu halten, wird durch die Aussprache erledigt. Antrag Herrburg: Beantragen Einführung eines obligatorischen Sängerkurses, wird dem Vorstand überwiesen. Die Wahl des Bezirksvorstehenden und des Kassierers zeitig die Wiederwahl des bisherigen Vorstehenden G. Rose und des Kassierers H. Ende. Als Bezirksdirigent wird Herr Kemper gewählt. Nach dem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt werden, teilt der Vorsitzende mit, daß am 25. April der Gantag in Lübeck stattfindet, und anlässlich desselben die „Glocke“ von Romberg vom Chorverein Lübeck zur Aufführung gelangen wird. Auch soll 1927 ein Sängertag in Hannover stattfinden.

Hierauf wird die arbeitsreiche, dem Arbeitergesang dienende Tagung geschlossen, worauf die Delegierten nach „Tort Golejon“ eindrucksvoll zum Vortrag brachten.

Vermischte Nachrichten.

Weserne Medaillen. Der in Schneidemühl erscheinende nationalsozialistische „Gesellige“ enthielt einen Bericht über das Wintervergnügen des Kriegervereins, in dem es heißt: Bürgermeister Reichardt überreichte nach seiner Ansprache im Lustlager St. Ergellenz des Generalsobersten v. Heeringen noch neun Kameraden das ihnen vom Vorstand des Landeskriegerverbandes verliehene Kriegervereins-Ehrenkreuz 2. Klasse. Natürlich kann jeder Mensch in Deutschland jedem anderen einen „Orden“ verleihen. Ob sich die braven Schneidemühler Kriegervereinsler aber darüber klar sind, daß ihre „Ehrenkreuze“ nur den Wert von Fackelsingorden besitzen?

Ueberfall auf eine Postagentur. Auf die Postagentur Hartenberg bei Wernigerode ist ein Raubüberfall verübt worden. Als die Tochter des Postbeamten am Abend zwei Männern, die an die Haustür klopfen, öffnete, feuerten die Männer sofort zwei Schüsse ab, die den Postagenten, der im Hausflur stand, am Hals schwer verwundeten. Die Tochter erhielt einen Streifschuß. Die Banditen, die vorher die Telefonleitung zerschnitten hatten, flüchteten, als die Hunde des Postagenten herbeiliefen.

Das Schiffunglück bei See. Nachdem verschiedene Versuche, an das gestrandete Schleppboot „Schelde“ heranzukommen, wegen der stürmischen See nicht geübt waren, ist es gelungen, von der 15 Mann betragenden Besatzung des Schiffes sieben Mann zu retten, unter denen sich auch der Kapitän

des Schiffes befindet; die übrigen acht Mann sind dagegen umgekommen. Von den letzteren sind drei tot an die Küste angepöhl worden, während zwei weitere noch im Taumel der Schelde hängen. Die Geretteten haben die ganze Nacht über im Taumel des Schiffes zugebracht. Auch die „Soerakata“ holte so stark nach Backbord über, daß die Öffnung immer geringer wurde, das Schiff noch zu retten. Die etwa 40 Mann starke Besatzung des Schiffes weigerte sich trotz mehrmaliger Aufforderung lange Zeit hindurch, das Schiff zu verlassen. Die Lage des Schiffes, das bereits einen Wasserstand von über 15 Fuß aufwies, wurde allgemein als hoffnungslos angesehen, so daß die Besatzung nunmehr das Schiff doch verlassen mußte.

Arbeiter-Sport.

Alle Aufträge für diese Rubrik sind an den Sportler Max Cornelia, Dr. Erdbergstraße 82 nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Bezirksspiele der Fußballsparte.

Nr.	Zeit	Gegner	Platz	Schiedsrichter
61 A	2.00	Vorwärts I-Rückwärts I	Dornbreite S. Stier, FSB.	
62 B	2.00	Stöckelsd. I-Viktoria I	Stöckelsd. W. Einfeld, FSB.	
63 Jgd.	1.80	Vorwärts I-Rückwärts I	Dornbreite S. Stier, FSB.	
Sonntag, 5. April.				
64 A	2.80	Schwartau I-FSB I	Schwartau A. Sternberg Rüd.	
65 B	2.80	Travem. I-Seereg I	Travem. G. Roß, Rücknig	
66 C	10.30	W. V. II-FSB II	Falkenw. A. Schlegel, FSB.	
67 Jgd.	9.30	W. V. I-FSB I	Falkenw. Fr. Ehlers, FSB.	
68 Jgd.	1.80	Schwart. I-Viktoria I	Schwartau G. Bröcher, FSB.	
Sonntag, 19. April.				
69 A	2.80	Schwart. I-Vorwärts I	Schwartau B. Grimm, FSB.	
70 B	10.30	W. V. II-FSB II	Falkenw. R. Meier, FSB.	
71 Jgd.	9.30	W. V. II-Vorwärts I	Falkenw. A. Weigel, Viktoria	
72 Jgd.	10.00	Rücknig II-Viktoria I	Rücknig A. Brocks, Seereg	
73 Jgd.	2.00	Rücknig I-Motzing I	Rücknig G. Brandt, Seereg	
Sonntag, den 26. April.				
74 A	2.30	Vorwärts I-Motzing I	Dornbr. S. Stier, FSB.	
75 A	2.80	Rücknig I-FSB I	Rücknig W. W. aner, Schwart.	
76 C	1.00	Vorwärts II-FSB II	Dornbr. W. Kocklen, Viktoria	
77 Jgd.	1.30	FSB II-Schwartau I	Dornbr. Fr. Graf, Stöckelsd.	
78	1.30	Rücknig I-FSB I	Rücknig D. Ehlers, Schwart.	
Sonntag, den 3. Mai.				
79 B	2.80	Stöckelsdorf I-FSB II	Stöckelsd. A. Seidel, FSB.	
80 B	2.80	W. V. II-Travemünde I	Falkenw. S. Neumann, FSB.	
81 Jgd.	1.30	W. V. I-Rücknig II	Falkenw. B. Jählsdorf, FSB.	
82	12.00	Travem. I-Schwart. I	Travem. G. Wötter, FSB.	
Sonntag, den 10. Mai.				
83 Jgd.	2.30	Rücknig II-Travem. I	Rücknig Lembke, FSB.	

Arbeiter-Turn- und Sportbund.

3. Kreis, 3. Bezirk.
Sitzung sämtlicher Vorstandsmitglieder der Bezirks-, Fußball-, Wasser- und Turnsparte am Mittwoch, dem 11. März, 8 Uhr abends, im Sitzungszimmer der Hauptturnhalle.
Z. M.: Johs. Schulz.

Spielverlegung.

Spiel Nr. 47, Rücknig 2: Vorwärts 2 findet um 9.30 Uhr statt.
E. Dahmke.

Arbeiter-Radschlepper-Bund Solidarität.

Versammlung am Mittwoch, dem 11. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Berichte und Touren. 3. Bekanntmachungen des Bundesvorstandes. 4. Beschlußfassung über Haftpflicht- und Raddiebstahlversicherung. 5. Verschiedenes.
Mitglieder, die Ostern mit nach Hamburg fahren und noch keine Quartiere haben, müssen sich bis spätestens zum Sonnabend, dem 14. März, beim Gen. Ernst Kemper, Glödenzieger-

straße 39, melden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir weisen noch ganz besonders auf die Haftpflicht- und Raddiebstahlversicherung hin, eine neue Einrichtung unseres Bundes, über deren ungeheuren Wert für jeden Sportgenossen wir wohl nicht zu viel zu schreiben brauchen.

Es ist Pflicht, daß jeder Sportgenosse zu dieser Versammlung erscheint.

Arbeiter-Schachverein.

Unsere Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 11. März, 8 Uhr, im Klublokal Untertrave 100 statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung (Beitragsrückzahlung) müssen alle Mitglieder erscheinen.
Der Vorstand.

Briefkasten.

B. in Schwartau. Derartige Notizen lehnen wir sonst prinzipiell ab.

Schiffsnachrichten.

Angelommene Schiffe.

10. März.
Deutsch S. Adler, Kap. Offermann, von Hadersleben, leer, 10 Tage. Schwed. S. Hubur, Kap. Hermanson, von Sönderburg, leer, 1 Tag. Deutsch. S. Marie Luise Seemann, Kap. Köpfe, von Neuwadt, leer, 2 Std. Deutsch. D. Seebler, Kap. Niehe, von Wismar, Stückgut, 5 Stunden.

11. März.

Dän. D. Thor, Kap. Andreasen, von Aarhus, leb. Vieh, Stücka., 1 1/2 Tg. Deutsch. D. A. Lania, Kap. Hege, von Aarhus, leb. Vieh, 1 1/2 Tg. Deutsch. S. Adelheid, Kap. Buck, von Landshona, Zementkugeln, 4 Tg. Deutsch. S. Helene, Kap. Mewis, von Wismar, Getreide, 8 Stunden. Schwed. D. Soanen, Kap. Stenfeldt, von Gothenburg, Stückg., 10 Tass., 2 Tage.

Abgegangene Schiffe.

10. März.
Deutsch. D. Seebler, Kap. Niehe, nach Wismar, Stückgut. Deutsch. D. Arthur Kunkmann, Kap. Kloppenburg, nach Emden, leer. Deutsch. D. Bauermeister, Kap. Krog, von Haugeland, leer.

Verantwortlich für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Frh. Solmitz für Freiheit, Arbeit u. Gesundheit: Hermann Bauer. Für Literatur: Carl Lütjens. Berichter: Carl Lütjens. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gute Ratschläge zur Haarpflege!

Wie oft hört man den Ausspruch „Sie hat wundervolles Haar“ und immer wird man feststellen, daß das schöne Haar — gepflegtes Haar ist. Nicht jeder ist von Natur mit starkem Haarwuchs ausgestattet, aber jeder kann gut gepflegtes und damit auch schönes Haar haben. Zur guten Pflege gehört in erster Linie eine regelmäßige Kopfwäsche, die dem Haar das überschüssige Fett nimmt und ihm das duftige volle Aussehen gibt. Doch darf man das Haar nicht mit einem beliebigen Waschmittel behandeln, da irgendwelche scharfen Bestandteile das Haar stumpf machen würden und äußerst schädlich wirken. Darum ist der Kauf eines geeigneten Kopfwaschmittels ein sehr wichtiger Vertrauenssache. Als mild und absolut unschädlich, leicht löslich und stark schäumend, dabei durch seine sachgemäße Zusammensetzung ganz vorzüglich reinigend, desinfizierend und die Hauttätigkeit anregend, hat sich seit langen Jahren das allgemein beliebte „Schampoo mit dem schwarzen Kopf“ bewährt, das unter Verwendung allerfeinster Rohstoffe von der Firma Hans Schwarzkopf, Berlin-Tegel hergestellt wird. Es kann jedem mit bestem Gewissen empfohlen werden. Jedoch achte man beim Einkauf genau auf die altbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“ und verlange ausdrücklich „Schampoo mit dem schwarzen Kopf“.

3 Tropfen Kaoil

Metal-Oel-Politur

besser als Putzwasser

Amtlicher Teil

Bersammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 16. März 1925
abends 6 Uhr
Der Vorsitzende: Gustav Ehlers.

Bekanntmachung

Die juristische Staatsprüfung in Leipzig für das S. S. 1925 beginnt am 7. Mai. Anmeldungen sind zwischen 16. und 21. März einzureichen. Näheres auf der Senatskanzlei. (3744)

Der Ehefrau Lucie Brand geborene Lehmann und dem Fräulein Ilse Ehlers, hier selbst, ist für das Jahr 1925 die Erbschaft erteilt, das Gewerbe als Buchmachergehilfen für den Buchmacher Gustav Brand, hier auszuüben. (3760)

Das Polizeiamt.

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts am Donnerstag, dem 12. März 1925, nachmittags 4 Uhr, im Verwaltungsgebäude, Fliedhauerstraße 20, Zimmer 25. (3741)

Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 13. März, vorm. 9 Uhr in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über folgende Gegenstände:

Möbelstücken und andere Schränke, 1 Büffel, Schreibstisch, Teppich, 1 große Gabel, Spiegel, Kleintisch, Weiser, Gabel, Stuhl, 1 große Barne Leder, Postbox, Kisten, Zigaretten, Tabak, Spielwaren, Feuerzeuge, 1 Motor 1/2 P.S., 1 Uhrgehör, Gutaway u. v. a. m.

Das Gerichtsvollziehertamt

Auszahlung der Zulage

an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erfolgt nur gegen Vorlage der neuen Stammkartennummer vom Versorgungsamt. Wohlfahrtsamt. (3768)

Nichtamtlicher Teil

Statt besonderer Anzeige

Heute morgen 2 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schwerem Leiden mein geliebter Mann, unseres Kindes treuerorgender Vater
Hauptlehrer
Carl Bartels

im Alter von 43 Jahren
In tiefster Trauer
Emma Bartels nebst Tochter
Eltern und Geschwister

Niendorf (Düsee), d. 10. März 1925
Trauerfeier am Sonnabend, 14. d. Mts nachmittags 4 Uhr im Schulhaus
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzuweichen (3758)

3-jähr. kinderl. Ehepaar sucht 1 leeres Zimmer. Ang. u. D 826 a. d. Exp. (3757)

3-j. Ehepaar sucht leer. ob. teilw. möbl. Zimmer mit Küchenbenutz. Ang. u. D 829 an d. Exp. (3756)

Große Wohnen zu verkaufen (3743)
Keltz, Engelsk. 31/17

Sofa, Tisch, 4 Stühle, Bettsofa billig zu verk. Sophienstr. 15a, II. (3747)

Gute Halbbettstelle. Tisch, ohne Matr. für 15 M. zu verk. Nickergrube 2 part

Reißbrett zu verkaufen Georgstr. 12 a (3736)

Zu verk. ein Konstruktionskleid, billig. (3763) Engelsk. 13/2

Heute morgen entschlies nach längerer schwerer Krankheit meine liebe gute Frau, meine gute Mutter, unsere liebe Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Luise Dieckmann, geb. Voss im 42. Lebensjahre. Tief betrauert von Helnr. Dieckmann Friedr. Dieckmann Franz Pospiau u. Frau geb. Voss Hans Voss u. Frau, geb. Buchmann Lübeck, 10. März 1925 Depenau 4. (3766)

Trauerfeier: Sonnabend, d. 14. März, nachmittags 10 1/2 Uhr, in der Kapelle des Burgtor-Friedhofes.

Schwärzger Hefinnen und Kammer zu verk. Schwartau (3746) Kanauer Allee 15

Waschmangel z. verk. Ang. u. D 831 a. d. Exp. (3759)

Ein Konj. o. Spiegel zu verk. Ang. unt. D 825 an d. Exp. (3755)

Gut erh. Damenfahrrad zu verk. Ang. unt. D 828 an d. Exp. (3754)

Wer erteilt ja. Leuten Unterricht in Geographie, Deutsch und Geschichte? Ang. u. D 830 a. d. Exp. (3753)

Wir suchen für unsere Abtlg. Maßschneiderei

erf. Schneider
der befähigt ist, unserer Abteilung in jeder Hinsicht vorzuziehen. Angebote mit Gehaltsanspr. unter D 827 an die Expedition d. Bl. (3751)

Wir suchen für unsere Abtlg. Maßschneiderei zwei tüchtige
Schneidergehilfen

Großstückarbeiter für seine Maßarbeit. Ferner zwei tüchtige
Konfektions-Arbeiterinnen

und für unsere Weisnähererei (3752)

verf. Weisnäherin.
Angebote unter D 828 an die Expedition d. Bl.

Biochemie als Heilfaktor

Von Dr. Ludwig Sternheim
Arzt in Hannover
Preis 50 Pf.

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Kaiser-Ohm un id.
Blattdeutsche Erzählungen von
John Brindman
Preis 2 Mk.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Dr. Thomsen

Häxtertor-Allee 13
zurück

Es schneit!

Reisigbesen
Piassava
Straßenbesen
(3745)

Ferd. Kayser
Breite Straße 81

Das Fahrrad

sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Oberingenieur
C. A. Krumm u. R. Burger

Mit 110 Abbildungen und einigen Tabellen
Preis 1.20 Mark

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46